Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 400

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Abend-Ausgabe
Freitag, 10. September

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Polens Forderungen für die Ostgrenze

Um die russisch-polnische Grenze

b. Paris, 9. September.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in Warschau meldet, daß Polen in der Grenzfrage auf folgendem Standpunkt stehe: Die Linie der deutschen Schützengräben bis zur litauischen Grenze entspricht genau der Grenze, wo sich die polnisch-russischen Interessen scheiden. Es ist dies auch die Grenze Polens nach seiner zweiten Teilung. Diese Linie könnte die künftige Grenze Rußlands darstellen, während die polnische Grenze einstweilen noch unbestimmt bleiben müßte, bis diese Frage genau studiert sei und die Entente ihre Entscheidung getroffen habe. Die litauische Frage könne erst gelöst werden, wenn Rußland erkläre, daß es an dieser Frage kein Interesse habe. Zu erwägen wäre, ob Polen im Interesse der Zivilisation jene Gebiete überlassen werden sollen, die infolge des Kriegszustandes seit Jahren von keiner Menschenseele bewohnt seien. Die schwerste Frage sei die von Wilna und der 1,2 Millionen Polen, die in der Umgebung wohnen. Polen erklärt die Abtretung Wilnas an Litauen durch die Bolschewisten für nichtig, aber der Wunsch, mit Litauen zu verhandeln, sei so groß, daß Polen keinesfalls die Waffen anrufen werde, um sich den endgültigen Besitz dieses polnischen Gebietes zu sichern. Daher wünsche die polnische Regierung eine Volksabstimmung im Gebiete von Wilna, die jeden Irredentismus für die Zukunft ausschließen soll. Niemals könne daran gedacht werden, Wilna endgültig an Litauen abzutreten. Die Polen würden sich nach Riga nicht mit den im voraus bestimmten Grenzlinien begnügen, sie wünschten auch nicht die Russen zu zwingen, solche Grenzen anzuerkennen, sondern sie stehen auf dem Standpunkt, alles, was russisch und orthodoxen Glaubens ist, solle an Rußland fallen, alles, was polnisch und katholischen Glaubens ist, solle der polnischen Republik zufallen. Da in verschiedenen Gebieten in gleicher Weise Russen und Polen ansässig sind, sollen ebensoviel Polen bei Rußland bleiben, wie Russen bei Polen.

Die Rigaer Verhandlungen

w. London, 9. September.

Nach einer Meldung aus Warschau begibt sich die polnische Delegation morgen nach Riga. In der Umgebung der Regierung hofft man, daß die Verhandlungen nicht lange dauern werden, da die Parteien bezüglich der Hauptgrundlagen schon einig seien. Diese Grundlagen seien:

1. Keine Intervention eines der beiden Länder in die inneren Angelegenheiten des anderen;
2. Proklamierung der Unabhängigkeit der Ukraine.

Dagegen hat sich, wie „Temps" sich telegraphisch aus London melden läßt, die Sowjetregierung entschlossen, zu der neuen Friedenskonferenz nach Riga keine Delegierten zu schicken. Die Sowjetregierung beklagt sich darüber, daß die lettische Regierung nicht auch dem Hilfspersonal der russischen Delegation Immunität gewährleistet. Es heißt, daß die lettische Regierung gewissen Propaganda-Agenten, die die Sowjetregierung ihrer Delegation beigegeben hat, mißtraut.

w. Paris, 10. September.

Havas berichtet aus Warschau, daß in einem Radiogramm an Tschitscherin der polnische Außenminister mitteilte, daß die polnische Delegation mit Vollmachten zum Abschluß eines Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien, eventuell des Friedens vom 12. September ab, in Danzig zur Abfahrt nach Riga bereit sein werde.

„Ruhe vor dem Sturm" in Oberschlesien

Polnische Anstrengungen

w. Breslau, 10. September.

Die Lage in Oberschlesien ist weiterhin äußerst gespannt. Die neuesten Meldungen bestätigen die Befürchtungen, die in den letzten Tagen in der Presse für die Zukunft zum Ausdruck kamen, voll und ganz. Die Polen sprachen es offen aus, daß sie die gegenwärtige Lage nur als die Ruhe vor dem Sturm betrachten. Im Landkreise Oppeln rüsten die Polen eifrig für einen neuen Putsch. Aus vielen Orten treffen in Oppeln Flüchtlinge ein, die dies bestätigen und gleichzeitig um Hilfe für den Fall der Not bitten. In Hindenburg wurde am Montag abend ein polnischer Agitator von der Polizei festgenommen. Der Mann, der bei seiner Festnahme drei Revolverschüsse auf die Beamten abgab, erklärte, daß bis zum 18. sämtliche Deutsche das Abstimmungsgebiet verlassen müßten. Von anderer Seite wird gemeldet, daß nach einer Mitteilung Korfantys sich die Polen Oberschlesiens mit Gewalt bemächtigen würden, falls es aber doch zu einer Abstimmung kommen sollte, dürften nur die in Oberschlesien wohnenden Oberschlesier zur Abstimmung zugelassen werden, um das Uebergewicht der Deutschen zu beseitigen.

In Boguschütz ist immer noch keine Ruhe eingekehrt. In jeder Nacht finden hier die wüstesten Schießereien statt. In einer Besprechung auf dem Rathaus, an der auch ein französischer Offizier teilnahm, erklärte der Polenführer Dlugiewicz namens der polnischen Fraktion, er könne in Verhandlungen über die Abstimmungspolizei nicht eintreten, da er von seiner Behörde im Hotel Lomnitz in Beuthen — dem Hauptquartier Korfantys — noch keine Anweisungen erhalten habe. Er sehe sich deshalb gezwungen, die Abstimmungspolizei vor der Hand abzulehnen.

Die „Autonomie" für Oberschlesien

W. T. B. meldet:

Zu den Erörterungen der schlesischen Presse über die Frage der Autonomie für Oberschlesien erfahren wir von zuständiger Stelle: Die maßgebenden Stellen im Reich und in Preußen sind darin einig, daß der Eigenart der oberschlesischen Bevölkerung in weitestgehendem Maße Rechnung getragen werden muß. Ferner herrscht Uebereinstimmung darüber, daß es den Oberschlesiern freistehen wird, auf dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Wege etwaige Wünsche nach einer bundesstaatlichen Ausgestaltung ihrer Zugehörigkeit geltend zu machen, und daß der Erfüllung solcher Wünsche keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen.

Aufgehobener Belagerungszustand

b. Kattowitz, 10. September.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat unter dem 7. September den über den Stadt- und Landkreis Kattowitz verhängten Belagerungszustand mit Wirkung vom 4. September aufgehoben, und zwar nach einer Dauer von 20 Tagen im Landkreis und 22 Tagen im Stadtkreis Kattowitz. Während diese Maßnahme, soweit sie den Stadtkreis Kattowitz betrifft, freudig begrüßt worden ist, hat die Aufhebung des Belagerungszustandes im Landkreis einige Ueberraschung hervorgerufen. Nach allen hier einlaufenden Meldungen herrscht dort noch alles andere als Ruhe und Ordnung. Man muß hoffen, daß die Franzosen jetzt ihre zumeist in den Städten zusammengezogenen Truppen auf die Landbezirke verteilen, damit dort endlich einmal geordnete Zustände eintreten können und der deutschen Bevölkerung der seit langem erbetene Schutz gewährt wird. Vor allem aber ist zu verlangen, daß eine strenge Bewachung der deutsch-polnischen Grenze durchgeführt wird, um den ständigen Zuzug polnischer Soldaten und die immer häufiger werdenden Waffen- und Munitionstransporte nach Oberschlesien zu unterbinden.

w. Beuthen, 10. September.

Die „Breslauer Morgenzeitung" wurde unter der Behauptung, daß der von ihr veröffentlichte Runderlaß des Generals Lerond gefälscht sei, auf einen Monat für Oberschlesien verboten.

Enthüllungen vor dem Kriegsgericht

Auf Befehl des Plebiszitkommissariats.

b. Kattowitz, 10. September.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Rybnik entrollte sich am Mittwoch eine außerordentlich interessante Verhandlung. Angeklagt war ein Pole namens Bella, der in der Uniform eines Offiziers bei den Hallerruppen mit 5 Mann deutsche Ortschaften brandschatzte und der deshalb auch zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Verhandlung brachte jedoch den unwiderleglichen Beweis dafür, daß der Polenaufstand nicht aus einer spontanen Erregung der Massen heraus entstanden, daß er vielmehr von polnischen Behörden sorgsam vorbereitet ist. Die Verhandlung vor dem außerordentlichen Kriegsgericht wurde von einem französischen Hauptmann geleitet, während als Staatsanwalt ein italienischer Offizier fungierte, dessen eifrigen Nachforschungen es gelang, die Auftraggeber der plündernden Polen zu ermitteln.

Der Angeklagte, der polnischer Offizier ist, erklärte, daß er seinen Auftrag, bei deutschen Bürgern nach Waffen in dem ihm unterstellten Bezirk zu suchen, von einer höheren polnischen Behörde erhalten habe. Auf weiteres Befragen erweiterte Bella seine Aussagen dahin, daß er unter einer höheren Behörde das polnische Plebiszitkommissariat verstehe. Diese sehr interessante Mitteilung des Angeklagten wurde von dem französischen Vorsitzenden des Gerichts als wahr unterstellt. Im Laufe der Verhandlung zeigt sich weiter, daß Bella bei seiner Waffensuche in deutschen Häusern lediglich 4 Waffen gefunden habe, von denen 3 noch dazu aus dem Besitz von Polizeibeamten stammten. Die Zeugenvernehmung ergab, daß Bella und seine Leute sich bei der „Waffensuche" auf das roheste benahmen. Eine deutsche Frau wurde angeschossen, andere Personen wurden ohne Grund mit Gummiknüppeln bearbeitet. Einem deutschen Kaufmann wurden 23000 Mark gestohlen. — Der italienische Staatsanwalt, der seines Amtes sehr objektiv waltete, beantragte gegen Bella 1 Jahr Gefängnis, gegen die übrigen Beteiligten entsprechend geringere Strafen. Das unter dem Vorsitz eines französischen Offiziers stehende Gericht verurteilte Bella jedoch nur zu 4 Monaten Gefängnis, und zwar nur wegen „gemeinsamen Hausfriedensbruches". In der Urteilsbegründung heißt es, daß Bella keinen Landfriedensbruch begangen habe, weil er seine Gewalt über seine Leute mehr gehabt habe.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß vor einigen Tagen ein Deutscher in Kattowitz von dem außerordentlichen Kriegsgericht nur deshalb mit 6 Monaten Gefängnis bestraft wurde, weil man bei ihm eine Waffe gefunden hatte, kann man sich von der Handhabung der Rechtspflege durch die Franzosen in Oberschlesien leicht ein Bild machen.

Vergewaltigung der Soldauer Deutschen

w. Allenstein, 9. September.

Nach der „Allensteiner Zeitung" verlangen die Polen die sofortige Vornahme der Option des Soldauer Gebiets bei Strafe der sofortigen Ausweisung aller Deutschen. Wie W. T. B. von zuständiger Seite hört, ist die Frage der Option im ganzen und insbesondere der Optionsfrist zum Gegenstand einer Auseinandersetzung mit Polen gemacht worden.

Die Diktatur der Moskowiter in Deutschland

Das dem deutschen Volke von den siegreichen Feindesmächten auferlegte Joch ist bis zu einer Unerträglichkeit gesteigert worden, daß einer nicht kleinen Zahl von durchaus nationalgesinnten Deutschen jedes Mittel — es mag noch so verkehrt sein — annehmbar erscheint, um die Sklavenketten abzuschütteln. Von diesen braven, aber politisch ungeheuer kurzsichtigen Leuten sind an die anfänglich erfolgreichen Kämpfe der bolschewistischen Armeen gegen Polen Hoffnungen geknüpft worden, die in der Herstellung einer gemeinsamen Front mit den Russen zur Befreiung von den schmählichen Bedingungen der Friedensdiktate von Versailles und Spa gipfeln. Um diesen Preis ist man geneigt, dem Bolschewismus auf deutschem Boden weitgehende Zugeständnisse zu machen, im kindlichen Vertrauen auf den gebührenden Respekt, den die Moskowiter den innerdeutschen Verhältnissen gegenüber vermutlich bekunden würden. Durch die Niederlage der Russen sind die deutschen Nationalbolschewisten — wie man sie genannt hat — hoffentlich heilsam abgekühlt worden. ihnen müssen aber auch, wenn sie nicht ganz mit Blindheit geschlagen sind, ihre Illusionen schwinden angesichts der Vorgänge, die sich auf der Tagung der 3. Internationale in Moskau abgespielt haben, und deren Wirkungen auf die linksradikalen Parteien in Deutschland.

Die bolschewistischen Moskowiter haben mit zynischer Offenheit erklärt, daß sie die Weltrevolution mit noch größerer Betriebsamkeit als bisher ausbreiten würden, um in allen ihrer Gewalt irgend zugänglichen Ländern nach Vernichtung der bisherigen Staatsformen dem Proletariat die alleinige Macht zu erobern. Eine einheitliche kommunistische Partei, deren innumschränkte Leitung das Moskauer Exekutivkomitee sich vorbehält, soll die gemeinsamen Aktionen der Internationale organisieren, die das eine Ziel anstreben: „Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft." Es ist bekannt, welche hohnvollen Bedingungen in Moskau den deutschen Delegierten, die den Anschluß der Unabhängigen an die kommunistische Zentrale bewirken wollten, gestellt wurden; sie müßten den rechten Flügel ihrer Partei, darunter etwa 60 Mitglieder der Reichstagsfraktion, als nicht reif und würdig genug ausschließen; aus der Partei müßte entfernt werden, wer den Terror grundsätzlich ablehnt, und wer die Preßfreiheit reflektieren will. Obgleich die Delegierten der Unabhängigen zunächst erklärten, daß ihre Partei Selbstmord verüben würde, wenn sie die Bedingungen erfüllen wollte, sind die radikalen Elemente unter den Unabhängigen dennoch jetzt bereit, den bolschewistischen Befehlen sich zu unterwerfen und zu den Kommunisten überzutreten, während die zurückbleibende Gruppe zu den Mehrheitssozialisten sich flüchten oder eine vierte Internationale begründen könnte. Der „Vorwärts" stellt der unabhängigen Sozialdemokratie die Wahl: ob sie zu existieren aufhören oder „ihre überflüssige, unlogische und schädliche Existenz zwischen zwei Stühlen fortfristen wolle."

Die von wüsten Schmähungen der Gegner begleiteten Auseinandersetzungen zwischen unseren Linksradikalen sind für die Allgemeinheit insofern wichtig, als sie mit erschreckender Deutlichkeit offenbar werden lassen, wie der revolutionäre Umsturz zu neuen Vorstößen sich vorbereitet. Den deutschen Kommunisten (Spartakusbund) ist seit der Verbrüderung mit den Moskowitern der Kamm mächtig geschwollen; in ihrem letzten Aufruf zum Kampf heißt es: „Die Stunde naht, wo das deutsche Proletariat wird zeigen müssen, was es in zwei Jahren deutscher Revolution gelernt hat." Die Putsche in Velbert und Köthen waren, wie inzwischen erwiesen ist, verfrühte Ausbrüche der neuen Revolution, zu der das bolschewistische Exekutivkomitee die deutschen Kommunisten in Bewegung setzt. Daß die Mitverschworenen der Moskowiter auf deutschem Boden unbehelligt zum Aufstand rüsten und sogar im Reichstag als starke Partei sich betätigen dürfen, ist ein erschütternder Beweis unserer politischen Verirrungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009102-14/fragment/page=0001

Die 3. Internationale und die französische sozialistische Partei

b. **Kopenhagen**, 10. September.

Die Debatten über die Bedingungen Moskaus für die französischen Sozialisten sind in der Partei sehr lebhaft. Moskau hat den französischen Parteigenossen vorgeworfen, daß während des Krieges das Verhalten der Führer der früheren Parteimehrheit Thomas, Renaudel und Sembat nicht besser gewesen sei als das schmutzige Verhalten Scheidemanns und Noskes. Führer wie Longuet sähen wie Sozialpatrioten aus. Zu den einzelnen Punkten der Moskauer Aufnahmebedingungen nimmt Renaudel Stellung:

1. Die sozialistische Partei soll von Grund auf den Charakter ihrer Pressepropaganda ändern.

Er erklärt sein Einverständnis, daß das Revolutionäre in der Parteipresse systematischer und deutlicher zum Ausdruck gebracht werde.

2. In Kolonialfragen soll die sozialistische Partei den Standpunkt vertreten, die Kolonien seien aufzugeben. In der Arbeiterschaft sei ausdrücklich das Gefühl für die Kolonialbevölkerung zu entwickeln, im Heere sei eine systematische Propaganda gegen die Bedrückung der Kolonien zu entfalten. Der sozialistische Führer erklärt sein Einverständnis.

3. Die Verlogenheit und Hinterhältigkeit des Sozialpazifismus ist aufzudecken. Den Arbeitern ist systematisch zu erklären, daß ohne revolutionären Umsturz der Kapitalismus nicht gerichtet, noch die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen bewahrt werden könne. R. erklärte sein Einverständnis.

4. Die französische sozialistische Partei soll eine Organisierung der kommunistischen Flamme innerhalb der Allgemeinen Arbeitskonföderation anstreben, um gegen die Sozialverräter, die an der Spitze des Verbandes stehen, den Kampf aufzunehmen. R. erklärt sein Einverständnis mit dem Vorbehalt, daß eine Spaltung in den Gewerkschaften zu vermeiden sei, und daß die Kommunisten nur eine Propaganda entfalten sollen, um den Geist des Klassenkampfes und der Revolution durchzusetzen und die politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterschaft in Einklang zu bringen. Es handle sich darum, die Bedingung zu erfüllen und sich nicht von polemischer Fassung abbringen zu lassen.

5. Die sozialistische Partei soll in Wahrheit, nicht nur in Worten die vollständige Unterordnung der parlamentarischen Fraktion unter die Partei durchsetzen.

R. erklärt sein Einverständnis.

6. und 7. Die gegenwärtige Mehrheitspartei soll radikal mit den Reformisten brechen und alle Elemente, die nicht den neuen revolutionären Weg einzuschlagen bereit sind, ausscheiden. Auch hier wird das Einverständnis erklärt und hinzugesetzt, es sei ein deutlicher Antrag auf Ausschluß bestimmter Mitglieder in diesen Bedingungen enthalten.

Die Partei soll auf Grund des Punktes 8 den Namen ändern und vor der ganzen Welt als kommunistische Partei Frankreichs Zeugnis ablegen.

Dazu erklärt der sozialistische Führer, alle wahren Sozialisten seien Kommunisten. Um jedoch nicht den Abtrünnigen die Fahne des Sozialismus zu überlassen, seien seine Freunde im Einverständnis mit den Genossen der äußersten Linken zur Ansicht gelangt, der bisherige Parteiname solle beibehalten werden.

Diese Stellungnahme läuft also auf eine bedingte Anerkennung der Moskauer Bedingungen hinaus.

Der Kampf um die Transport-Kontrolle

Die von der Kontrollkommission Berlin-Brandenburg in den sozialistischen Blättern von gestern geforderte verschärfte Transport-Kontrolle durch Arbeiter, Angestellte und Beamte zum Schutze der Neutralität hat in den Kreisen der Eisenbahnbeamten und zum Teil auch in Kreisen der Eisenbahnarbeiter erhebliches Aufsehen erregt. Der allgemeine Eisenbahnerverband, wie auch die Fachgewerkschaft deutscher Eisenbahnsekretäre hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine verschärfte Kontrolle durch Privatleute, wie Angestellte und Arbeiterwehren, nicht am Platze ist. Ein Eingreifen Unberufener werde unter Umständen mit Gewalt verhindert werden. Es wird also niemals dazu kommen können, daß Privatpersonen eine verschärfte Transport-Kontrolle ausüben können. Die Einrichtung von Kontrollstellen der Arbeiterschaft muß unter allen Umständen abgelehnt werden.

Der Reichsverkehrsminister hat, nach dem „Lok.-Anz.", zu diesen neuerlichen Erklärungen der Kontroll-Kommissionen Stellung zu nehmen, keine Veranlassung, da seine bisherigen Erklärungen und Erlasse in vollem Umfange aufrechterhalten bleiben.

*

Die gestrige Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin beschloß, der „Freiheit" zufolge, nachstehende Resolution:

Die Versammlung erklärt sich solidarisch mit den gemaßregelten Eisenbahnern in Erfurt und verpflichtet sich, sie mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen. Sie erklärt es für dringend geboten, auch die Poloniazüge auf Waffen und Munition zu untersuchen und den Weitertransport von Kriegsgerät zu verhindern. Die Berliner Betriebsräte verpflichten sich, alles zu tun, was zur Durchführung der Blockadeparole und der Unterstützung Sowjetrußlands nötig ist.

Der Kampf nimmt also immer schärfere Formen an. Vielleicht sieht die Regierung nun endlich ein, was sie durch ihre „Zugeständnisse" erreicht hat.

Spaltung in der Bremer U. S. P.?

b. **Bremen**, 9. September.

In der Bremer U. S. P. scheint eine Spaltung eingetreten zu sein. In der Mitgliederversammlung ließ man den gefeierten Führer und Reichstagsabgeordneten Henke nicht zu Worte kommen, sondern schrie ihn nieder. Die Versammlung wurde von den teilnehmenden Mitgliedern selbst für aufgelöst erklärt.

Pläne für Genf

h. **Paris**, 9. September.

Das „Echo de Paris" schreibt: Endlich hat de la Croix sein Kabinett von dem Meinungsaustausch unterrichtet, den er mit Herrn Millerand über die Wiedergutmachungsfrage hatte. Anstatt gemäß den Entscheidungen von Saint Germain die deutsche Delegation zur Konferenz mit den Alliierten zuzulassen, hat de la Croix vorgeschlagen, die deutsche Delegation vor der Konferenz von Genf von der Reparationskommission anhören zu lassen, die in Paris tagen wird. Die alliierten Staatsoberhäupter werden sich also gegen den 15. Oktober in Genf versammeln, um die Anregungen zu prüfen, welche die Wiedergutmachungskommission als nützlich erachtet, ihr im Anschluß an die Vorarbeiten mitzuteilen. Millerand hat ein Projekt vorgelegt, das aber noch der Genehmigung Lloyd Georges und Giolittis bedarf.

Abflauen des Metallarbeiterstreiks in Italien?

b. **Rotterdam**, 9. September.

Ueber die Lage in Italien wird nach Paris gemeldet, daß der Kampfgeist der Metallarbeiter zu erlahmen beginnt, wozu der Umstand viel beiträgt, daß auch in der zweiten Woche kein Lohn ausgezahlt werden kann. In der Gegend von Mailand, wo in den besetzten Fabriken alles militärisch organisiert wird, nimmt die Zahl jener ständig zu, die sich krank melden. In einer Fabrik, die von 5000 Arbeitern geführt worden war, erschien heute überhaupt niemand beim stündigen Appell. Die Regierung bleibt neutral und will nur Blutvergießen vermeiden. Die Arbeitgeber scheinen übrigens auf den Angriff vorbereitet gewesen zu sein, denn man fand in den Fabriken Waffen und Munition, sogar Maschinengewehre. Die Arbeitgeber haben es mit der Wiedereröffnung der Fabriken, bzw. mit der Einigung mit den Arbeitern gar nicht eilig, weil nur 20 Prozent der Produktion im Inland abgesetzt werden können, und der Export nahezu still liegt. In Mailand fanden Besprechungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern statt. Man erwartet die Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen.

Auf den Schiffswerften in Palermo wurde die rote Fahne gehißt. In Turin ließen die Arbeiter zwei Flugzeuge Flugschriften zu Ehren Lenins verbreiten. In Genua kamte die Besatzung der bei den Kranwallen gesellenen Arbeiter ohne Zwischenfall vonstatten gehen. In der Automobilfabrik Fiat haben die Arbeiter die eisernen Gelsschränke erbrochen, sie fanden aber nur Aufzeichnungen über revolutionäre Propaganda. Es stellt sich immer mehr heraus, daß das Vorgehen der Arbeiter ein planmäßiger Versuch ist, in Italien das Sowjetsystem einzuführen.

w. **Rom**, 9. September.

Der gestrige Tag ist in Rom vollkommen ruhig verlaufen. Die Ingenieure, Werkmeister und das Verwaltungspersonal der Fabriken weigern sich mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Die Blätter begrüßen die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Die Regierung beabsichtigt nicht, eine der Parteien zum Nachgeben zu zwingen. Sie hat aber strenge Anordnungen getroffen, damit Ruhe und Ordnung im Lande nicht gestört werden.

Revolution in Sizilien. „Secolo" meldet, daß in einzelnen Teilen Siziliens die Revolution ausgebrochen sei. Die Regierung habe Truppen nach der Provinz Palermo entsandt.

Der Leipziger Straßenbahnerstreik. Die Straßenbahner, die sich bereits seit acht Tagen im Ausstande befinden, haben heute eine vorbehaltlose Unterwerfung unter den zu erwartenden Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und beschlossen, bis zur restlosen Anerkennung der aufgestellten Forderungen im Streik zu verharren und die Arbeiterschaft des Transportgewerbes einschließlich der Eisenbahner zur tatkräftigen Unterstützung anzurufen. Nach Mitteilung der Streikleitung sollen sich die Eisenbahner zum Eintritt in den Sympathiestreik bereit erklärt haben.

Spaltung im bayerischen Zentrum

München, 10. September.

Wie die „Münchener Zeitung" erfährt, ist nunmehr die Gründung einer christlich-sozialen Partei, von der in letzter Zeit öfters in der Presse die Rede war, in Treuchlingen am vergangenen Sonntag erfolgt. Vertreten waren die christlich-demokratischen Vereine und die nordbayerische Gruppe christlicher Sozialisten. Es kam zu einer Einigung auf dem Boden einer christlich-sozialen Partei. Das Programm der Partei wird auf dem Boden der Ideen des Sekretärs v. Heller vom katholischen Volksverein in Würzburg, des Verlagsdirektors J. Kral in Gauting sowie auf in den der christlich-demokratischen Vereine Gewerkschaftssekretär Roßhaupter Richtung aufgebaut. Demgemäß wird die neue Partei als scharfe Frontstellung gegen den Kapitalismus und den materiellen Sozialismus erscheinen. Zu Parteivorsitzenden wurde Hauptlehrer Milling und Sekretär Buetichnelleer gewählt. Dem Landesvorstandsausschuß gehören Angehörige aller Stände, auch Geistliche an. Das „Würzburger Neue Volk" soll bereits in die Hände der Partei übergegangen sein und entsprechend ausgestattet werden. Eine offizielle Kundgebung der Partei ist noch nicht erfolgt, wird aber kaum lange ausbleiben.

In einer Unterredung des Kronprinzen Rupprecht von Bayern mit einem hohen österreichischen Staatsbeamten erklärte er wiederholt in der bestimmtesten Weise, daß er niemals die Krone eines südkatholischen Reiches annehmen würde. Er könne sich überhaupt niemals zu einem Schritt entschließen, der die Reichseinheit gefährden würde.

Prämien für Waffenablieferung

W. T. B. meldet:

Der Reichskommissar für die Entwaffnung hat für die beschleunigte Ablieferung von Militärwaffen, Teilen von Militärwaffen und Munition Prämien ausgesetzt, die aus der folgenden Aufstellung ersichtlich sind. Diese Prämien werden in der ersten Zeit der freiwilligen Ablieferung vom 15. September bis zum 10. Oktober 1920 einschließlich in voller Höhe, vom 11. Oktober bis 20. Oktober einschließlich nur zur Hälfte ausbezahlt. Nach dem 20. Oktober werden Prämien nicht mehr bezahlt. Die Ablieferungsfrist läuft bis zum 1. November 1920.

Es werden gewährt pro Stück:

I. Für vollständige Waffen:

1. Geschütze 10 000 Mk.; 2. Geschütze unter 5 Zentimeter Geschoßdurchmesser 5000 Mk.; 3. Minenwerfer 2000 Mk., 4. Maschinengewehre 1000 Mk.; 5. Vorrichtungen, die zum Werfen von Sprengkörpern oder Gasbomben bestimmt sind 500 Mk.; 6. Flammenwerfer 500 Mk.; 7. Granatwerfer 50 Mk.; 8. Gewehrgranatenwurfbecher 20 Mk.; 9. Maschinenpistolen 300 Mk.; 10. Gewehre und Karabiner 100 Mk.; 11. Tankgewehre 500 Mk.; 12. Armeerevolver und Armeepistolen 30 Mk.; 13. Gewehrgranaten, Wurf- und Handgranaten 3 Mk.

II. Für wesentliche Teile von Waffen:

1. von Geschützen a) Rohr 3000 Mk., b) Verschluß 2000 Mk., c) Richtvorrichtung 1000 Mk.; 2. von Minenwerfern a) Rohr 500 Mk.; b) Rücklaufbremse 500 Mk.; 3. von Flammenwerfern a) Ringkessel 100 Mk., b) Gaskugel 100 Mk.; 4. von Maschinengewehren a) Lauf 50 Mk., b) Schloß 20 Mk., c) Zufürter 10 Mk.; 5. von Maschinenpistolen, Karabinern und Gewehren a) Schloß 10 Mk., b) Lauf 20 Mk.; 6. von Armeerevolvern oder Armeepistolen a) Trommel 5 Mk., b) Gleitschiene 3 Mk., c) Lauf 3 Mk.

III. Für Munition:

1. für ungebrauchte Artillerie- und Minengänder 2 Mk.; 2. Handgranatenzünder, Sprengkörper und Sprengkapseln 0,50 Mk.; 3. Schußfertige Artilleriemunition für Kilogramm Gewicht 0,20 Mk.; 4. Patronen für Handfeuerwaffen jeder Art 0,10 Mk.

Bei nachgewiesenem rechtmäßigen Erwerb einer ablieferungspflichtigen Waffe wird Entschädigung in Höhe des Verkaufswertes der Waffe zur Zeit der Ablieferung gewährt. Eine etwa bei Ablieferung der Waffe ausgezahlte Prämie wird auf den Entschädigungsbetrag angerechnet.

Der Beamtenbund des Saargebietes hat im Verein mit den Eisenbahngewerkschaften wegen des von der Saarregierung erlassenen Beamtenstatuts eine Eingabe an den Völkerbund gerichtet. Dem Vernehmen nach wird der Völkerbund am 16. September über den Rücktritt des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission, von Boch, und im Zusammenhang damit über die Beamtenfrage des Saargebiets verhandeln.

Grubenunfall. Die „Schlesische Volkszig." meldet aus Hindenburg: Auf der Konkordiagrube gerieten, als im Andreasflöz ein schlechter Wagen ausrangiert werden sollte, mehrere Förderwagen ins Rollen, rasten mit großer Geschwindigkeit bergab und überfuhren auf der Strecke mehrere Grubenarbeiter, von denen drei getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Kunst und Leben

— **Die Tätigkeit der Deutschen Philosophischen Gesellschaft.** Wilhelm Wundt hat sich, ehe er die Feder zum letzten Male aus der Hand legte, noch einmal über den engeren Fachkreis seiner psychologischen und philosophischen Forschungen hinaus an das ganze deutsche Volk gewandt. In einer Schrift über „Die Weltkatastrophe und die deutsche Philosophie" zeigt er, welche inneren Kräfte beim großen Zusammenbruch versagt haben, und welche besondere Sendung der deutsche Idealismus nun beim Aufbau der deutschen wie der Menschheits-Kultur hat. Am Todestage des Altmeisters deutscher Philosophie ist das Manuskript der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zur Veröffentlichung zugegangen, die dafür Sorge trägt, daß das Heft schon in den nächsten Tagen im Buchhandel vorliegen wird (Verlag Keyserische Buchhandlung, Erfurt). — Noch einem weiteren bedeutsamen Gedächtnistage dieses Jahres will die Deutsche Philosophische Gesellschaft eine tiefere Einwirkung auf das Geistesleben unserer Zeit sichern. Dr. Heinz Heimsoeth-Marburg hat in einer geistesgeschichtlich tief schürfenden Abhandlung „Hegel. Zum Gedächtnis" (1770, 1920) (5. Beiheft der „Beiträge zur Philosophie des deutschen Idealismus", im gleichen Verlage) gezeigt, wie beste deutsche Ueberlieferungen von den Tagen eines Meister Eckehart an im Werke Hegels lebendig sind, und wie deren reicher geistiger Gehalt für die Gegenwart fruchtbar werden kann. — Endlich nimmt die Deutsche Philosophische Gesellschaft mit einer Arbeit des österreichischen Philosophen Dr. Hans Pichler-Graz zu den wichtigen Erörterungen über die Begriffe „Volk und Menschheit" Stellung, die unsere Zeit noch lange bewegen werden. — Der Bericht über diese Veröffentlichungen läßt erkennen, daß die deutsche Philosophie allmählich wieder in den Mittelpunkt unseres Geisteslebens rückt und zu einer Lebensmacht erstarkt. Aus dem ganzen deutschen Sprachgebiete und darüber hinaus nehmen geistig angeregte Menschen an dieser Bewegung, die rasch Boden gewinnt, teil. (Geschäftsführer der Deutschen Philosophischen Gesellschaft: Arthur Hoffmann, Erfurt, Nordhäuser Straße 21.)

An Stelle der Mitbestimmung tritt die Mitberatung. Herr **Dr. Karl Zeitz**, der neue Generalintendant des Bayerischen Staatstheaters, erließ bei seinem Amtsantritt eine Bekanntmachung an die Mitglieder der Bühne, worin es u. a. heißt:

„Die Beziehungen zwischen der Leitung und den Angestellten des Theaters sind in sozialer Hinsicht durch das Betriebsrätegesetz geordnet. Darüber hinaus soll Ihnen auch Gelegenheit gegeben werden, weitergehende Wünsche und Darlegungen zu äußern, und ich werde bestrebt sein, im Wege der Verständigung berechtigten Einwendungen zu begegnen. Eine planmäßige innere Organisation soll herbeiführt, daß die im Tagesbetrieb besonders kostbare Zeit durch ein Uebermaß von Sitzungen und Besprechungen hingebracht wird. Ich vertraue auf Ihre Einsicht und, wenn es sein muß, auch auf Ihre Opferbereitschaft. Ich hoffe, daß ich da, wo ich entscheiden muß, im Stande sein werde, zu überzeugen. An Stelle der Mitbestimmung tritt im gewissen Sinne die Mitberatung. Es ist nicht Sache persönlichen Ehrgeizes, es ist Ihrer aller Interesse, wenn ich der Meinung bin, daß der oberste Leiter, der die heute nicht eben beneidenswerte Last der Verantwortung trägt, auch die Freiheit des Entschlusses haben muß."

Die Herren Kunsträtte in München sollen, als sie diese Kundgebung lasen, sehr merkwürdige Gesichter gemacht haben.

— **Die deutsche Bühnenkunst in Oberschlesien.** Das Stadttheater in Kattowitz, geleitet von Paul Barnay, dem künftigen Direktor der Vereinigten Bühnen in Breslau, wird seine Winterspielzeit ganz in den Dienst des deutschen Steges bei der oberschlesischen Abstimmung stellen und zu diesem Zweck nicht nur allgemein das Schauspiel vor der Operette stark bevorzugen, sondern im besonderen durch zwei Zyklen den deutschen Gedanken vertreten. Außer einer Reihe von Kammerspielabenden, bestritten von Werken Strindbergs, Wedekinds, Schnitzlers, Hauptmanns, Stücklens, und der deutschen Uraufführung von Leopold Schwarzschilds „Sumpf", ist zumal ein Ring von Aufführungen germanischer Monumentaldramen von Shakespeare, Schiller, Goethe, Kleist, Hebbel, Ibsen, Hauptmann, Kaiser und Stucken geplant, immerhoch dessen auch gebrische bedeutende Gäste, u. a. Rosa Bertens, Ludwig Hertau, Lugie Höflich, Maria Fein, Theodor Becker, Hans Mühlhofer in Kattowitz wiederholt auftreten werden.

— **Hochschulnachrichten.** Wie wir hören, ist der durch das Ableben des Geh. Rats Richarz erledigte Lehrstuhl der Physik an der Universität Marburg Prof. Dr. Clemens Schaefer in Breslau angeboten worden. — Zum etatsm. a. o. Professor und Vorstand der medizinischen Poliklinik an der Universität Würzburg ist als Nachfolger von Prof. L. R. Müller vom 1. Oktober dieses Jahres an der mit dem Titel und Rang eines a. o. Professors ausgestattete Privatdozent und 1. Assistent an der medizinischen Klinik daselbst Dr. med. Ernst Magnus-Alsleben ernannt worden. — Wie wir hören, hat der Freiburger Privatdozent Dr. Ludwig Mohler einen Lehrauftrag für Kirchengeschichte in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Münster erhalten. — Wie wir erfahren, hat Prof. Dr. Paul Ehrenberg, Direktor des agrikulturchemischen Instituts in Göttingen, den Ruf an die Universität Breslau als Nachfolger von Geh. Rat Th. Pfeiffer abgelehnt. — Dr. Ernst von Angerer erhielt an der Technischen Hochschule in München die venia legendi für Experimentalphysik.

— **Preissturz auf dem Büchermarkt?** Nichts ist gewisser, so schreiben Georg Müllers „Neueste Nachrichten", die Zeitschrift des Verlags Georg Müller in München, als daß die Hoffnung trügerisch ist, die Bücher würden billiger werden. Diese Hoffnung werde sich nicht erfüllen aus dem einfachen Grunde, weil sie noch gar nicht teuer genug sind. Das mag, so heißt es da, nicht unrichtig, beinahe zynisch klingen, ist aber wirklich so. Schließlich kann sich jeder selbst die Rechnung machen. Die Papiermark hat heute nach Valutastand die Kaufkraft von 10 Pfennig. Ein Roman kostet aber heute nicht das Zehnfache, sondern ungefähr das Vier- bis Fünffache des Friedenspreises, dies ist nur dadurch möglich, daß die Bücher, die sich jetzt auf dem Markt befinden, größtenteils auf Papier gedruckt sind, das im Herbst 1919 eingekauft worden ist. Seither sind die Papierpreise aber wieder um das Drei- bis Vierfache gestiegen (ein holzfreies Papier kostet jetzt das Vierzigfache, ein holzhaltiges Papier das Fünfundzwanzigfache des Preises von 1914). Das Papier ist dem Buch gegenüber Halbprodukt, daher ist es unvermeidlich, daß die Preiskurve des Fertigfabrikats auch der Preiskurve des Papiers nachhinkt. Darum kann man an der Bewegung des Papierpreises unmittelbar ablesen, was uns auf dem Büchermarkt bevorsteht: daß wir für den Winter 1920 mit Bücherpreisen zu rechnen haben, die mindestens das Achtfache des Friedenspreises darstellen. Ein einziger Trost bleibt dem Verleger: die Gewißheit, daß das Buch trotz allem immer noch relativ billiger ist als alles, was man sonst kaufen oder schenken kann.

— **Stadttheater.** Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, gelangt das Lustspiel „Dr. Klaus" von L'Arronge, im Kostüm der Entstehungszeit, zur Aufführung. Sonnabend wird das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" gegeben, Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung „Jugend", Sonntag abend 7 Uhr „Tannhäuser", Montag „Der Waffenschmied".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009102-14/fragment/page=0002

Beschleunigte Lieferung von Brotgetreide!

Schorlemer an die deutsche Landwirtschaft.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Staatsrat Freiherr von Schorlemer, hielt auf der Tagung des Verbandes ländlicher Genossenschaften Rheinlande in Koblenz eine Rede über die Aufgaben der Landwirtschaft, in der er ausführte:

Die deutsche Landwirtschaft steht gegenwärtig an einem Wendepunkte. Ihr lebhaftes und dringendes Verlangen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ist endlich teilweise erfüllt worden. Die Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln ist aufgehoben; in kurzer Frist ist auch das Ende der Fleischbewirtschaftung zu erwarten.

Damit ist die Landwirtschaft vor eine verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Schon jetzt werden in Verbraucherkreisen lebhaft Zweifel laut, ob die von landwirtschaftlicher Seite mit dem Ende der Zwangswirtschaft in Aussicht gestellte Besserung der Versorgungsverhältnisse in Wirklichkeit eintreten wird. Und Alles wird, wenn sich im Laufe des Winters in der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Fleisch Schwierigkeiten ergeben oder die Preise für diese Erzeugnisse sich steigern sollten, die Mißstimmung in Verbraucherkreisen sich heftig gegen die Landwirte laut werden, wie es bisher schon bei den mit der Zwangswirtschaft betrauten Behörden der Fall war.

Deshalb hat die Landwirtschaft allen Anlaß, rechtzeitig darauf hinzuweisen, daß die Folgen der seit Jahren in der Ernährungs. [illegible] begangenen Fehler nicht mit einem Schlage beseitigt werden können. Noch für lange Zeit werden wir darunter zu leiden haben, daß unsere Erzeugung zurückgegangen und der Verkehr zwischen den Erzeugern und Verbrauchern durch die Zwangswirtschaft seinen natürlichen und gewohnten Bahnen verdrängt worden ist. Dafür kann die Landwirtschaft keineswegs verantwortlich gemacht werden, wie für die mehr schon jetzt feststehende Tatsache, daß die inländische diesjährige Ernte an Brotgetreide zur Ernährung unserer Bevölkerung nicht ausreichen und eine erhebliche Zufuhr aus dem Auslande unvermeidlich sein wird.

Andererseits kann sich die Landwirtschaft der Verpflichtung nicht entziehen, soweit es in ihren Kräften steht, dafür zu sorgen, daß die Volksernährung im kommenden, [illegible] schweren Winter aufrechterhalten, und daß insbesondere den Bergarbeitern die ihnen zugesagte Erhöhung ihrer Lebensmittelrationen gewährt werden kann.

Dazu gehört in erster Linie die

beschleunigte Ablieferung des Brotgetreides,

[illegible] deshalbe den Erzeugern nicht belassen ist. Ebenso wichtig ist notwendig ist eine Verständigung unter den Landwirten darüber, daß sie die in der eigenen Wirtschaft entbehrlichen Kartoffeln den Verbrauchern zu vertretbaren Preisen zur Verfügung stellen. Es ist leider in diesem Jahre nicht mehr möglich, durch eine alle Berufsvereinigungen der Landwirte und [illegible] der Genossenschaftsverbände umfassende Organisation den Verkauf der der Zwangswirtschaft entzogenen Erzeugnisse unter **Mitwirkung des legitimen Handels einheitlich** zu gestalten. Was aber erreichbar ist und erreicht werden muß, [illegible] Erachtens das Folgende: In den einzelnen Kreisen [illegible] Gemeinden treten die Leiter der bäuerlichen Organisationen, der landwirtschaftlichen Lokalabteilungen, der Bauernvereine, des Bundes der Landwirte, der freien Genossenschaften und der Genossenschaften baldmöglichst zu einem Ausschuß zusammen, welcher den Verkaufspreis für die Kartoffeln festsetzt und dafür Sorge trägt, daß die festgesetzten Preise nicht überschritten werden.

Erfreulicherweise ist in einigen Bezirken der Rheinprovinz [illegible] bereits zustande gekommen. Die bisher festgesetzten Preise bewegen sich zwischen 15 und 20 Mark für den Zentner, gewiß ein Beweis dafür, daß die Landwirte [illegible] Preise nicht verlangen wollen.

Wird auch anderwärts in gleicher Weise vorgegangen, dann wird der Weg geöffnet, auf dem in den folgenden Jahren die Landwirtschaft auch bei den anderen Erzeugnissen die Preisbildung unter der Parole **„Weg mit den Schiebern und Wucherern!"** selbständig in die Hand nehmen kann.

Das Gesetz der Stunde

da. Münster, 9. September.

Folgenden ernsten Aufruf erläßt die Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen:

Schleunigster Ausdrusch und Anmeldung des zur Ablieferung bereitgestellten Brotgetreides ist jetzt das Gebot der Stunde! Die greifbare Reichsreserve ist äußerst gering. Bis zum August 1918 waren ohne Posen und Westpreußen 275 000 Tonnen abgeliefert, bis jetzt nur 161 000 Tonnen. Das Spa-Abkommen ist unerfüllbar, wenn die Bergarbeiter [illegible] mehr und besseres Brot bekommen. Das vor der Ernte [illegible] Brot enthielt vielfach nur 20 Prozent Grundmehl, nirgends aber mehr als 50 Prozent Besseres Brot nach der Ernte [illegible] den Bergarbeitern versprochen. Wird das Spa-Abkommen [illegible] erfüllt, so ist die Besetzung des Ruhrgebietes sicher. Dies [illegible] ein großes nationales Unglück und würde die weitere Kohlenlieferung für Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand [illegible] unterbinden. Die Landwirtschaft hat es in der Hand, dies Unglück zu vermeiden. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, der schon [illegible] Zwangswirtschaft für Oele und Fette sowie für Gemüse und Obst beseitigt und die Kartoffeln vom 15. September ab freigegeben hat, will vom 1. Oktober ab auch die Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufheben, wenn in [illegible] Frist 200 000 Tonnen Brotgetreide für das Reich geliefert sind. Deshalb ist jetzt Brotgetreide abzuliefern, damit [illegible] die Viehwirtschaft wieder frei wird. Sollte der Ausdrusch [illegible] Getreides mancherorts durch Mangel an Kohlen, Benzol [illegible] infolge zeitweiser Sperrung elektrischer Stromzufuhr gehindert sein, so wird dringend empfohlen, hiervon der Landwirtschaftskammer in Münster schleunigst Mitteilung zu machen, die auf Beseitigung der Hindernisgründe hinwirken wird."

Ein Landwirtschaftskammergesetz

Der preußischen Landesversammlung zugegangen. Der Entwurf sieht eine neue Interessenvertretung aller in der Landwirtschaft usw. beschäftigten Kreise, soweit sie in der Landwirtschaft als Berufsarbeit tätig sind. Ferner wird das Wahlrecht reformiert in unmittelbares Wahrecht und ein gleiches Stimmrecht der Berufsangehörigen mit der Maßgabe vorgeschlagen, daß die Wähler nach der Art ihrer Beteiligung in der Landwirtschaft in Gruppen eingeteilt werden. Damit soll eine Berufsvertretung geschaffen werden, der die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft angehören und die daher über alle landwirtschaftlichen Fragen genügend urteilsfähig ist. Geschaffen werden eine Hauptlandwirtschaftskammer in Berlin (104 Mitglieder), für jede Provinz eine Landwirtschaftskammer (die Reste der Provinzen Posen und Westpreußen werden auf die Nachbarprovinzen verteilt), ferner für jede Landwirtschaftskammer drei Fachkammern für Fischerei, Forst und Gärtnerei.

Der Entwurf hat 6 Abschnitte, allgemeine Vorschriften, Neuregelung der Verfassung für die Landwirtschaftskammern (Führung, Vermittlung, Ausgleich), Rechtsverhältnisse der Kammermitglieder und Kammerbeamten, Aufbringung der Mittel für die Kammern (neues Umlageverfahren, Schlußbestimmungen.

Die Wahlen erfolgen auf Grund des Verhältniswahlsystems auf 6 Jahre.

Der Entwurf regelt im übrigen Zuständigkeit, Aufgabenkreis und Pflichten, den Geschäftsgang, die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den einzelnen Gliedern, die Aufbringung der Mittel. Eine Wahlordnung ist dem Entwurfe beigegeben.

Ferner ist der Landesversammlung ein Entwurf zugegangen, der bestimmt, daß Neuwahlen für die aufgelösten Landwirtschaftskammern Danzig und Posen erst nach Erledigung des neuen Landwirtschaftskammergesetzes stattfinden. Zu diesen Neuwahlen wird es jedoch nicht kommen, da im Frühjahre für alle Landwirtschaftskammern in Preußen nach dem neuen Gesetze Neuwahlen stattfinden und die bei Preußen verbliebenen Teile von Westpreußen und Posen an Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien (Fraustadt) fallen und bei diesen Provinzen mitwählen. Berlin tritt der neuen Landwirtschaftskammer Brandenburg hinzu. Die Zahl der Landwirtschaftskammern wird 13 betragen, je eine für Ostpreußen Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Oberschlesien (Oppeln) Sachsen (Halle), Schleswig-Holstein (Kiel), Hannover, Westfalen, Rheinprovinz (Bonn), Hohenzollern, Regierungsbezirk Kassel, Regierungsbezirk Wiesbaden.

*

Der 12. Ausschuß der Landesversammlung zur Vorberatung der Verfassungsvorlage beginnt die zweite Lesung des Entwurfes am 16. d. M. und will seine Arbeiten in drei Wochen abschließen.

Gegen die Arbeitslosigkeit

w. Berlin, 9. September.

In der Beratung des Volkswirtschaftsausschusses des Reichstages über die Arbeitslosigkeit waren sich alle Parteien darüber einig, daß mehr Arbeiter aufs Land gebracht werden müßten. Es wurde ein aus allen Parteien gebildeter Unterausschuß eingesetzt, der in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsministerium die weiteren Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu prüfen hat. Ein Antrag Ledebour auf Abänderung der Erwerbslosen-Fürsorge wurde abgelehnt und statt dessen ein Vermittlungsantrag der bürgerlichen Parteien angenommen, demzufolge die Verordnungen auf dem Gebiete der Arbeitslosen-Fürsorge baldmöglichst in eine gesetzliche Gestaltung zu überführen sind. Dadurch ist insbesondere der Weg der Arbeitslosenversicherung zu beschreiten mit dem obersten Zweck die Arbeitsklasse der Erwerbslosen produktiv zu verwenden.

Provinz Sachsen

Hauptversammlung des Landbundes Anhalt

n. Köthen, 10. September.

In Rumpfs Hotel hierselbst trat gestern vormittag 10 Uhr der Landbund Anhalt zu seiner diesjährigen Hauptversammlung, die von den Mitgliedern aus allen Bezirken sehr zahlreich besucht war. Der Vorsitzende, Professor Demmel-Köthen, eröffnete die Verhandlung mit einer Begrüßung der Mitglieder und Gäste, woran er eine Darlegung über den Köthener Kommunistenputsch und die daraus sich ergebenden Lehren knüpfte. Der Putsch hat das Vorhandensein einer Roten Armee bewiesen, ebenso aber das völlige Versagen des Bürgertums. Den von links erhobenen Vorwurf der Spitzelei müsse der Landbund energisch von sich weisen. Die Zeiten sind ernst, so schloß Redner, wir wissen nicht, was uns bevorsteht, unsere Pflicht wollen wir tun, aber uns auch unsere Rechte wahren. — Geheimrat Reichs-Dessau sprach dann über die technische Nothilfe. Er legte dar, was die Nothilfe will, was sie ist und wie sie die Aufgaben, die sie sich gestellt, zu erreichen strebt. Sie will für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reiche und für die Betriebsfähigkeit der lebenswichtigen Anlagen sorgen. Die Nothilfe ist keine militärische Truppe, sondern eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft, die sich aus allen Berufen, Ständen und Parteien zusammensetzt. Ihre jetzt 44 500 Mitglieder wollen ihre Kraft, ihr Können einsetzen zum Wohle des Ganzen, wo dieses irgendwo gefährdet ist. Schließlich empfahl Redner dem Landbund die Errichtung einer landwirtschaftlichen Nothilfe.

Nach kurzen Erörterungen über diesen Vortrag erstattete Prof. Demmel den Geschäftsbericht. Danach ist es gelungen, den Landbund erfreulich auszubauen. Die Mitgliederzahl ist auf 5600 angewachsen, die in 45 Ortsgruppen vereinigt sind. Auf den Zentrallieferungsverband eingehend, betonte Redner, daß die Lieferungspflicht für Fleisch noch besteht, daß es aber auch nach Aufhören des Zwanges noch Pflicht jedes Landwirtes sei, für Fleisch zu sorgen. Weiter behandelte Redner die politische und wirtschaftliche Lage, wobei er sich besonders mit den unerschwinglichen Preisen für künstlichen Dünger, mit den Getreidepreisen und der Bewirtschaftung der Kartoffeln, des Fleisches und der Milch beschäftigte. Mit Ausblicken auf das, was noch zu tun ist, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. — Als Anträge des Vorstandes gab er dann bekannt: Die „Anhalt. Rundschau" soll als Vereinsorgan jedem Vertrauensmann geliefert werden. Das Anwachsen der Geschäfte macht die Anstellung eines Volkswirtschaftlers als Direktor des Landbundes notwendig. Hierdurch wie durch die allgemeine Steigerung der Unkosten mache sich eine Erhöhung der Beiträge von 5 Pfg. auf 25 Pfg. pro Morgen bewirtschafteter Fläche notwendig. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Zu der nun zur Erledigung stehenden Vorstandswahl brachte Geh. Oekonomierat Dr. Saeuberlich in Vorschlag, den gesamten Vorstand durch Zuruf wiederzuwählen. Da sich Widerspruch nicht erhob, wurde demgemäß verfahren. — Der Vorsitzende verlas dann die Statuten des Landbundes und teilte mit, daß zu den Kosten der Geschäftsstelle des Landbundes Sachsen-Anhalt ein Kostenbeitrag von 10 000 Mark übernommen werden ist.

Ueber das neue preußische Landwirtschaftskammergesetz referierte Freiherr von Wilmowski-Halle. Er legte dar, daß das Gesetz einige Bestimmungen enthält, die durchaus zu billigen sind, wie die Erweiterung des Wahlberfahrens, Dezentralisation und anderweitige Anordnung der Kostenaufbringung. Größer aber als die Vorteile seien die Nachteile. Wie ein roter Faden ziehe sich ein Mißtrauen gegen die Landwirte durch das ganze Gesetz. In jeder Weise wird die Selbständigkeit der Kammern beschnitten. Selbst der Kammervorsitzende soll der Disziplinargewalt der Behörde unterstellt werden. Dagegen muß mit allen Kräften angekämpft werden. — Auch Generalsekretär Dr. Georgs gab zu diesem Thema noch einige Erläuterungen. — Eine lebhafte Erörterung setzte über das Tuberkulosetilgungsverfahren ein. Der Vorsitzend hatte sich für das sächsische Verfahren erklärt, auf einen Einspruch aus dem Kreise Zerbst hin aber davon abgesehen, dieses Verfahren allgemein zu empfehlen. Der Zerbster Vertreter sprach seine Bedenken gegen das Verfahren aus und forderte, die Lasten der Tuberkulosetilgung der Allgemeinheit aufzuerlegen. Generalsekretär Dr. Georgs schilderte das jetzt übliche Verfahren und legte den Standpunkt der Landwirtschaftskammer dar. Von einer Beschlußfassung wurde abgesehen, doch soll die Sache wegen ihrer hohen Wichtigkeit genau im Auge behalten werden.

Vom Vorsitzenden wurde das Verhalten des Staatsrats für Anhalt gegenüber einem Amtsvorsteher im Kreise Zerbst bemängelt. Die Wirtschaftliche Fraktion des Landtages soll ersucht werden, den Staatsrat darüber zu interpellieren.

Der Geschäftsführer des Zentralieferungsverbandes Pfannenberg-Meyschau beleuchtete dann noch den bezüglich der Milchversorgung und Milchpreisfestsetzung mit der Landesfettstelle ausgebrochenen Konflikt. Er legte dar, daß die Landwirtschaft zu der Landesfettstelle resp. zu ihrem Leiter kein Vertrauen mehr haben könne. Sie könne sich auf die Behörden nicht mehr verlassen, sondern müsse selbstständig handeln. Die Milchproduktion müsse gesteigert werden, vor allem durch Verwendung von geeignetem Kraftfutter. Dieses letztere solle beschafft werden durch den Erlös aus der Preiserhöhung. Es wurden zwei Entschließungen verlesen und einstimmig genehmigt, in denen gegen die ein gedeihliches Zusammenarbeiten störenden Angriffe und Beschuldigungen der Landesfettstelle gegen die Landwirte Protest erhoben und den letzteren Steigerung der Produktion zur Pflicht gemacht wird.

Nachdem eine Kommission gewählt worden war, die über die Preisfestsetzung mit den Konsumenten verhandeln soll, wurde die Versammlung gegen ½2 Uhr geschlossen.

---

tzk. **Teuchern**, 10. Sept. (Der Schulstreik) in Schortau ist beendet. Die Kinder kommen wieder zur Schule. Die Regierung hat entschieden, daß der zur Vertretung eingesetzte Lehrer das Feld räumen müsse, was nun auch geschehen ist. Der neue Lehrer, der die letzten Tage beim Gemeindevorsteher Unterkommen gefunden hatte, hat nun einziehen können. Die Verantwortung für den unsinnigen Streik trifft in der Hauptsache wohl den Elternbeirat. Der Schulvorstand hatte sich auf den Boden der Tatsachen gestellt und vor dem Streik gewarnt.

n. **Hohenmölsen**, 9. Sept. (Städtisches.) Um jedem den einmaligen Beitrag für den Fernsprechanschluß zu ermöglichen, leiht die Stadtsparkasse gegen Schuldschein bei 5 Prozent diese Summe an Fernsprechteilnehmer aus. Da die Post 4 Prozent zahlt, hat dadurch der Teilnehmer nur 10 Mark jährliche Mehrausgabe. — Die letzte Sitzung der Stadtverordneten regelte die Begräbnisgebühren neu. — Ferner wurde der Preis für elektrisches Licht auf 2 Mark, für Kraft auf 1,50 Mark für die Kilowattstunde festgesetzt. — Die Schwesternanstalt und die Kleinkinderschule wurden in städtische Verwaltung übernommen.

tzk. **Sangerhausen**, 10. Sept. (Kohlen in Menge.) Die hiesige Kreiskohlenstelle gibt bekannt, daß auf der Grube „Marie" in Holdenstedt gegenwärtig 100 000 Zentner Braunkohlen lagern, die schleunigst auf dem Landwege abgefahren werden müssen, da sonst mit Betriebseinstellung und Entlassung von 100 Arbeitern gerechnet werden muß. Um die Arbeiterentlassungen zu vermeiden, erteilt die Kreiskohlenstelle an jedermann Vorzugsscheine über jedes angeforderte Quantum Kohlen.

tzk. **Wandersleben**, 10. Sept. (Große Festspiele auf Schloß Gleichen.) Am 19. September nachmittags findet in unserem Orte ein großer historischer Festzug statt, der von einem erstklassigen Hofstaatsorchester und einer Schwadron Reiterei eröffnet wird. Daran anschließend auf Schloß Gleichen bei Wandersleben Aufführung von „Wallensteins Lager" auf der neu errichteten Freilichtbühne. Das Bühnenbild wird das Leben und Treiben anzeigt des 30jährigen Krieges veranschaulichen. Bei der Aufführung werden 200 Personen mitwirken. Falls sich die Aufführung rentiert, sollen im nächsten Jahre regelmäßig Festspiele in erster Besetzung veranstaltet werden, deren Reinerlös zur Instandhaltung der Ruine verwandt werden wird.

tzk. **Rudolstadt**, 10. Sept. (Auflösung der Garnison.) Mit dem 1. Oktober verliert Rudolstadt seine Garnison. An diesem Tage verlässt das 2. Bataillon Reichswehrschützen-Regiment Nr. 21 die hiesige Garnison, um mit Teilen nach Erfurt, Bremen und Göttingen überzusiedeln. Damit ist das Schicksal der Garnison endgültig entschieden.

gg. **Jena**, 8. Sept. (Die Demokratische Partei) in Jena lehnte das Angebot der Deutschen Volkspartei, für die nächste, im November stattfindende Gemeinderatswahl eine gemeinsame Liste aufzustellen, ab.

ss. **Leipzig**, 10. Sept. (Der Haushaltsplan 1920/21) der Stadt Leipzig schließt mit einem Fehlbetrag von 175 Millionen Mark ab. Die Stadtverwaltung bezeichnet die Deckungsmöglichkeiten selbst als gering. Durch Steuer allein kann der Fehlbetrag nicht gedeckt werden, es müssen deshalb Zwangssparnisse, vor allem Betriebseinschränkungen, beschlossen werden.

H.Z. Sportberichte

Wacker gegen Sportverein 98

Dieses Liga-Verbandsspiel, das am kommenden Sonntag nachmittag 4 Uhr auf dem Wackerplatz stattfindet, wird Wacker in folgender Aufstellung im Treffen sehen: Tor: Schiemann, Bachmann, Schuhmann, Grüneberg, Donath, Schräpler, E. Riemann, Nackwitz, Brautigam, Fr. Riemann, Giersch. Bis auf Belger hat also der Kreismeister alle seine Kanonen zur Stelle. Was den bisher gezeigten Leistungen darf man diese Mannschaft als hochklassig bezeichnen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die bisherige Form von Beständigkeit ist.

Der Sportverein 98 wird, soweit uns bekannt, mit der gleichen Mannschaft wie gegen die Schweden antreten, also mit Brunnert, Bost, Thurn, Klemmt, Rapsilber, Bierbrauer, Gäbelein, Rösler, André, Schmidt, Gebhard. Es ist allerdings nicht unmöglich, daß an dieser Mannschaft noch etwas geändert wird. Der Sturm kann uns noch nicht so recht gefallen. Vor allem gehört Gäbelein auf seinen alten Linksaußen-Posten. Schmidt scheint auf Halbrechts auch besser zu stehen.

Jedenfalls wird der Sportverein 98 ein etwas besseres Spiel als gegen die Schweden liefern müssen, wenn er mit Erfolg den Kampf mit dem Kreismeister bestehen will. — Man darf mit einiger Spannung dem ersten Treffen entgegensehen, das den Ersten und Zweiten der letzten Punkttabelle aneinanderbringt.

— Die Rennen zu Grunewald werden bereits am Sonnabend fortgesetzt und warten mit dem klassischen Renard-Rennen von 55 000 M. auf, das dem jüngsten Jahrgang vorbehalten ist. Der Stall Weinberg ist mit Offlan und Anakreon sehr gut gerüstet und wird nicht leicht zu schlagen sein. Im Nuage-Rennen haben die Vierjährigen gegen so gute Dreijährige wie Der Mohr, Liebhaber und Vergleich kaum eine Chance. — Unsere Voraussagen: 1. R. Minnesang—Leopardos; 2. R. Gest. Mydlinghoven—Kamille; 3. R. Liebhaber—Vergleich; 4. R. Stall Weinberg—Stall Oppenheim; 5. R. Gibet—Schwerenöter; 6. R. Landesfürst—Arenstein; 7. R. Darbanos—Mazzin.

Wetterbericht

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes Sonntag: Bei auffrischenden, westlichen Winden teils wolkiges, trockenes, nur mäßig warmes Wetter.

Hauptschriftleiter: Helmut Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bötticher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport i. V.: Ernst Messerschmidt; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Seltheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallescheen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009102-14/fragment/page=0003

Wer das Billigste sucht,

darf zumal heute, wo uns die Ententeländer als Lebensmittel ihre verwitterten Heeresbestände und verdorbenen Ramschwaren aufzwingen, nicht auf den Preis sehen. Vor allem gilt dies bei Kakao und Schokolade. Verstockte und verschimmelte Rohkakaos, wie sie in den Ententeländern während der Kriegszeit zurückgestellt worden sind, um damit Europas ausgehungerte Völker zu füttern, darf kein deutscher Fabrikant verarbeiten. Gesunde Rohkakaos, deren Herbeischaffung in Schiffsräumen gelungen ist, die nicht nach Räucherspeck, Hering und Tran aus den Kriegtransportien riechen, sind nur in erster Wahl zu finden u. darum viel teurer. Für die Ernährung ist das Beste aber das Vorteilhafteste, zumal wenn die Erzielung der höchsten Nährwirkung bei der Verarbeitung maßgebend war, wie dies vor allem im Reichhardtwerk selbstverständlich ist. Konsumenten, die bei Kakao und Schokolade Preislockungen verfallen, büßen es stets an Nährwert und Gesundheit. Wer daher das wahrhaft Billigste, also das Vorteilhafteste sucht,

muß das Beste kaufen.

Reichhardtfabrikate erhältlich in der Verkaufsstelle: **Leipziger Straße 99,** sowie in allen an Schildern und Plakaten kenntlichen Geschäften. Sonst direkter Versand ab Reichhardtwerk Wandsbek.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter **Hedwig** mit dem Kgl. preussischen Leutnant a. D. Herrn cand. med. **Hübener** zeigen ergebenst an

Geheimer Justizrat Dr. Eduard Meese
Erster Staatsanwalt a. D.
und Frau Hedwig geb. Wietholtz.
Sonnenberg (Kr. Wiesbaden), Septbr. 1920.

Hedwig Meese
August Hübener
Verlobte.
Sonnenberg September 1920 Nienstedt

Goldene
Trauringe
in jeder Preislage
Alexander Peto
(vorm. W. Hempel)
Halle (Saale),
Leipziger Straße 83
(am Turm).

Ganze Namen oder Vornamen läßt s. Leichnen u. Wäsche usw. weben (rote Schrift auf weiß. Bande)
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Am 8. September verschied unerwartet im Diakonissenhause zu Halle (Saale) unser lieber Bundesbruder

i. a. B. Kurt Huth,

cand. chem.
(S. S. 1911—S. S. 1913).

Sein Eifer und seine Treue für unsere Landsmannschaft werden uns immer vorbildlich bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

In tiefer Trauer

Die Landsmannschaft im Cob. L. C.
„Pomerania".
I. A. **Grossmann,** F.-V.

Von der Reise zurück.
Nervenarzt Dr. Rühle.

MAX BORN
Halle a/S Gr. Brauhausstr. 14
Werkstätten für Innendekoration.
Vornehme Dekorationen
Bequeme Ratenmöbel
Preiswerte Möbel

Pelze werden **modern** umgearbeitet. Neuanfertigungen preiswert.
Gade, Halberstädterstr. 14 I.

---

50 **Dänischer**
20
50 **50% Couda- 20%**
20 **Käse**
50 bei billigsten Preisen allergünstigst aus
20 eigenen Importen lieferbar.
50 Tüchtige Vertreter allerorts gesucht.
20 **Dampfmolkerei**
50 **H. Wiencke,**
20
50 **Rostock in Mecklenburg.**

Pergamentpapier
zum Einmachen von Früchten,
Kochbücher
empfiehlt
Albin Hentze,
24 Schmeerstr. 24.

Günstige Einkaufsgelegenheit in
Wäsche und Wollwaren!
bietet das
Gelegenheitskaufhaus
Schmeerstr. 5, 1 Tr.
zu billigen Preisen.
Bettbezüge m. 2 Kissen, eigener Bearbeitung, von 125 M. an.
Damenhemden 36 M.
Handtücher v. 6 M. an.
Wischtücher 9 M.
Besond. Angebot.
3 m Stoff zum Anzug (Kgn.-Tuch) nur 250 M.
Unterzeuge sehr preiswert.
Makko-Einsatzhemden nur 48 M.

Sommersprossen,
Hautunreinigkeiten entfernt
Hera-Creme.
Engel-Apotheke, Kleinschmieden 8. - Postversand.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Hallischen Zeitung" vorzunehmen zu wollen.

Gramola-Instrumente
neuester Bauart, naturgetreue Wiedergabe, ohne störende Nebengeräusche.
Für jede Einrichtung passend.
Dauernde Grammophon-Ausstellung I. Etage.

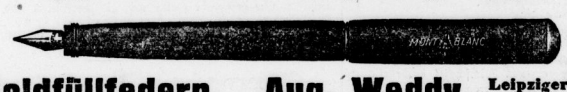
Hohenzollernhof
Grand-Hotel — Magdeburgerstr. 65.
Jeden Sonnabend und Dienstag
Tanz-Abend.

Deutscher Rentner-Bund Ortsgruppe Halle u. Umg.
Versammlung Dienstag, 14. Sept., nachm. 3½ Uhr im St. Nicolaus.
Erläuterungen zum Reichsnotopfer
durch Herrn **Rud. Pfaffe,** Halle.
Hierzu sind alle Mitglieder sowie solche Rentner und Rentnerinnen, welche beitreten wollen, freundl. eingeladen.

Verband deutscher Musiklehrerinnen.
Unterrichtsvermittlung. Nachweis tüchtiger Musiklehrerinnen für alle Fächer durch
Frl. Schiefer, Kl. Ulrichstr. 17. 3—4.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Kein Schreibzeug nötig!



Goldfüllfedern. Aug. Weddy, Leipzigerstr. 21/22.

Sehr gute Aussichten

auf einen flotten Geschäftsgang haben Sie durch den Gebrauch von sachgemäßen und geschmackvollen Drucksachen des täglichen Bedarfs. Wirkungsvolle, modern und übersichtlich ausgestattete Kataloge und Prospekte, effektvolle und vornehme Geschäftsdrucksachen jeder Art, Scheckbücher, Wertpapiere, Formulare, Preislisten und Broschüren besorgt schnell und gut

Otto Thiele,
Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle (Saale), Leipziger Str. 61-62

Verreist bis 26. September.
Dr. Walther,
Facharzt für Ohr, Nase und Hals.
Große Steinstr. 74 (Café Bauer).

Reichsnotopfer.
Steuer-Erklärung fertigt
Bücherrevisor **Beyer,** Halle a. S. Steinweg 12. Fernspr. 3-41.

Braunschw. Lüneburg. Landesbaugewerkschule Holzminden.
Errichtet 1831 — Errichtet 1831
Hoch- und Tiefbau-Abteilung. Sommerunterricht Anfang April. Winterunterricht Mitte Oktober. Schulbericht und Auskunft kostenfrei. Die Anstalt gehört zu den anerkannten Baugewerkschulen.

Zigaretten nur goldgelbe, reine Ware, dieses Format, von M. 170.— per Mille an.
Zigarren nur Ia Qualitäten, per Mille von M. 588.— an.
Zigarillos von M. 316.— per Mille an.
Tabak rein Uebersee, von M. 19.— per Pfund an
Tabak mit Inlandsmischung (fein Gesch) per Pfund M. 16.—.
Theodor Wurche,
Tabakwaren-Großhandlung.
Magdeburg, Schuhstraße Nr. 1. Fernruf Nr. 8296.

Fürs Vaterland

Roman aus großer Zeit
Von Anna Grack. Preis 3.50 Mark.

Unzählige, die durch den Krieg Schweres erlitten haben, werden in diesem Buche Trost und Erbauung finden. Durch die schlicht-warmherzige Schreibweise weiß die Verfasserin einen ergreifenden Eindruck zu hinterlassen. Es ist etwas Hohes und Heiliges um das Vaterland!

Verlag Otto Thiele, Halle-S.
Leipziger Straße 61/62.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V. Halle a. S.

Sonntag, den 12. d. Mts., vormittags 10 Uhr findet im **„Neumarkt-Schützenhause"**, Harz 41, eine

Mitglieder-Versammlung

statt, in welcher Herr
Syndikus Diefke aus Charlottenburg
einen **Vortrag** halten wird:
1. Notopfer; 2. Verordnung über die Höchstmieten
Darauf erfolgt freie Aussprache.
Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **Der Vorstand.**

Rennen in Leipzig.

Sonntag, den 12. September,
nachmittags 2½ Uhr:

7 Hindernisrennen.
2 Ehrenpreise und 137 000 Mk.,
darunter: „Lipsia" 40 000 Mk.
Oeffentlicher Totalisator.

Wettaufträge werden in der **Wettannahmestelle, Barfußgäßchen 8,** entgegengenommen. Adresse für **telegraphische Geldsendungen: Wettannahme Leipzig, Barfußgäßchen 8.**

Stadt-Thea
Sonnabend, 11. S
Anfg. 7½, Ende
Als ich noch
Flügelkleid
Sonntag nachm
Jugend.
Sonntag abend
Tannhäuser

Tapeten
in großer Auswahl.
Walter Sommer,
Leipzigerstr. 32. Tel. 3362

Preisskat
11. 9. im Hansa
am Riebeckplatz beginn
3 u. 7. Preis M. 150, 125, M

Einladung

zur Zeichnung von erststellig hypothekarisch sichergestellten, mit 5% verzinsl. Anteilen

Verein. Neumärkische Kohlenwerke
G. m. b. H.,
Verwaltungssitz Berlin.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Zielenzig eingetragen u. betreibt den Braunkohlenbergbau und die Brikettfabrikation. Der umfangreiche Bergwerksbesitz in den Grundbüchern von Langenfeld, Trebow und Königswalde gerichtlich eingetragen. Die bergamtlichen Verleihungsurkunden sind in den Jahren 1859 bis 1879 erteilt. Die Gesellschaft vereinigt 6 einzelne Bergwerksgerechtsame zu einem Großbetrieb. Für die Ausbaufähigkeit, da in der Hauptsache Tagebau betrieben wird, und die Transportfähigkeit zu den großen Kohlenförderung liegen die denkbar besten Voraussetzungen vor. Die Leitung des Bergwerksbetriebes liegt in den Händen erster Fachleute. Die Gesellschaft gibt Anteile à M. 1000.— auf den Inhaber lautend aus, die mit hypothekarische Eintragung in den Grundbüchern sichergestellt sind u. mit mindestens 5% garantiert verzinst werden. Die zu erwartenden Dividenden dürften jedoch voraussichtlich bedeutend höher sein. In der ordentlichen Generalversammlung hat jeder gezeichnete Anteil à Mk. 1000.— eine Stimme. Die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft und Einführung der Aktien an der Börse ist geplant. Mit den Gesellschaftsanteilen Zeichnern von Geschäftsanteilen können ein Kohlenlieferungsverträge abgeschlossen werden. Kohlenproben stehen zur Verfügung. Nach Schätzung erster Sachverständiger beträgt der Wert des Bergwerksbesitzes Mk. 2 500 000.— bisher gezeichnete Kapital beträgt Mk. 600 000 und soll auf Mk. 1 250 000.— erhöht werden. Prospekte, Zeichnungsscheine versendet die Firmen **Robert Fricke,** Bankgeschäft, **Berlin S.** **Friedrichstraße 213,** gegründet 1903.

Zeichnungen und Einzahlungen können selbst provisionsfrei vorgenommen werden, der gezeichneten Beträge sind sofort einzahlen, der Rest nach Vereinbarung.

Vereinigte Neumärkische Kohlenwerke, G. m.

Sehr preiswertes Angebot!
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
ca. 200 Zimmer
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Reichhaltigste Auswahl!
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2

Anzugstoffe!
Prima Qualität, sehr preisw.
Man verlange Muster!
Bock. Krausenstr. 11 I.

Hosenträger von 1 Mk. bis 20 Mk.
Sehr große Auswahl.
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Aufpolstern,
sowie Neuanfertigung v. Sofas, Chaiselongue, Matratzen führt aus
Kurt Hoffmann, Dekorateur,
L. Wuchererstr. 37, H. I.

Pa. Strickwolle!
für Wiederverkäufer billigst bei
Paul Lange,
Merseburgerstr. 168.

Einmachetöpfe
in allen Größen billigst bei
Richard Wolf,
Baumaterialien-Großhandlung alter Thür, Bahnhof, verl. Kaiserstr. Tel. 1158.

Lebensmittel

Offerieren auf Grund unserer Verbindungen mit den ersten Import-Firmen Nebenstehender Art wie Schmalz, Cocosfett, Kaffee, Milch, Cocos, Reis, Hülsenfrüchte, Kakao, Schokoladen, alle Tabakwaren zu den billigsten Tagespreisen. Berufs Orientierung wollen Sie gefl. mit Preisliste anfordern.

Atlantic Deutsch-Amer. Prod.-Gesellschaft m. b.
Frankfurt a. M., Bationstraße 4—8.

Brennholz
Buche oder Kiefer, gesägt oder auch ungesägt, bekannten Qualitäten, jedes Quantum von 3 Ztr.
Sachse & Müller,
Fernruf 6000. Hochstrasse 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009102-14/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 10. September.

Flüchtlingselend

Durch den Versailler Friedensvertrag sind Hunderttausende in Elsaß-Lothringen und den bisher preußischen Provinzen Posen und Westpreußen wohnhaft gewesenen Landsleute ausgewiesen worden, aus ihrer Heimat auszuwandern und im verkleinerten Deutschen Reiche Unterkommen zu suchen. Wenn es ihnen wird, ein solches zu finden, läßt sich schon jetzt ermessen, daß auch Abertausende von Kolonial- und Auslandsdeutschen ins Reich zurückgeströmt sind. Als man glaubte, es wäre jetzt alles in Ordnung, Deutschland habe Söhne und Töchter alle in seinen Grenzen untergebracht, brachte aus dem Osten ein neuer gewaltiger Strom Einlaß Begehrende heischender Volksgenossen. Der neue Staat zwang die ihm in alter Treue Dienst leistenden deutschen Beamten, binnen ganz kurzer Zeit seinen Staat zu verlassen, wenn sie nicht Polen werden und vielen anderen Bedingungen sich unterwerfen wollten. Mit dem preußischen Staate schied Polen in seinem Hochmute auf Verhandlungen nicht ein. Es sprang auf Bitten des preußischen Staates das deutsche Rote Kreuz als Teil der internationalen Organisation des Roten Kreuzes in die Bresche und übernahm mit seinen weitverzweigten Provinzial- und Zweigvereinen die Auswanderer- und Unterbringungsregelung der Ostflüchtlinge. Bereitwillig stellte der preußische Staat dem Roten Kreuz Geld- und seine amtlichen Verwaltungsorgane in Stadt und Land zur Verfügung. Auf diese Weise gelang es, die Tausende Deutschen nebst ihren Angehörigen im Reiche unterzubringen und zunächst nur notdürftigerweise.

Man sollte nun annehmen, daß im Vaterlande alle Kreise der Bevölkerung von den entsetzlichen Quälereien unserer Landsleute durch die Polen Kenntnis hätten und im tiefsten Herzen diesen Armen mit allem hilfreich entgegenkommen würden. Doch ist dem leider nicht so; besonders auf das Land sind die Kunde von der Vergewaltigung unserer Landsleute noch nicht gedrungen zu sein. Viele Landleute glauben auch wohl, die Flüchtlinge seien Menschen, denen man mit Mißtrauen begegnen müsse, da sie ja aus polnischer Umgebung kämen. Doch mögen sich die so Denkenden sagen lassen, daß die Flüchtlinge mit ganz verschwindenden Ausnahmen treudeutsch fühlende und handelnde Menschen sind, die zuletzt in ihrer Heimat ausgeharrt, ihr Deutschtum hoch hielten und vielfach mit der Waffe in der Hand, im Grenzschutz gestanden haben. Deswegen gilt ihnen ja auch der ganze Haß der Polen.

Für diese Hunderttausende von Landsleuten, die blutenden Herzens das Land ihrer Väter verlassen müssen, gilt es, im Reiche eine neue Heimat aufzubauen, damit sie nicht ins Elend gehen. Am besten helfen wir, wenn wir ihnen eine Wohnung verschaffen suchen, nicht bloß eine vorübergehende Notunterkunft, sondern eine solche, die sie dauernd, gegen alle Unbill geschützt, bewohnen können. Denn da die Flüchtlinge dem Osten wie z. B. der Völkerwanderung mit ihrem ganzen Hab und Gut bei uns erscheinen, soweit polnische Willkür sie nicht alles genommen hat, brauchen sie eine dementsprechende Wohnung. Meistens aus ländlichen Kreisen und aus kleineren Städten des Ostens stammend, und der mit der Land- und Viehwirtschaft vertrauten Bevölkerungsschicht angehörend, fühlen sie sich in gleichen Verhältnissen am wohlsten. Wir müssen sie auch in erster Linie dem flachen Lande zuführen werden, wo auch noch der meiste Wohnraum vorhanden ist.

Doch nicht mit einer Wohnung allein ist den Flüchtlingen geholfen; sie wollen nicht untätig herumsitzen, sondern ihre Arbeitskraft betätigen. Kann auch eine recht große Zahl von ihnen nicht damit rechnen, im alten liebgewordenen Berufe zu wirken (besonders bei einem großen Teile der Handwerker und geistigen Arbeiter wird dies der Fall sein), so sind sie doch alle bereit, in der Landwirtschaft und verwandten Berufen sich zu betätigen. Hierdurch erwächst allen behördlichen Stellen, Arbeitsämtern, Gewerk- und Genossenschaften, sowie allen Personen die schöne und dankbare Aufgabe, sich nach Arbeit für die Flüchtlinge umzusehen. Die Flüchtlinge dürfen nicht hinter der ortseingesessenen Bevölkerung zurückgehen oder bei Mangel an Arbeit anderswohin abgeschoben werden. Wohin sie einmal durch die Flüchtlingszentrale Ost in Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 4. Oder an den betr. Fürsorgekommissar oder den Frauenvereinen vom Roten Kreuz gewiesen sind, da müssen sie bleiben, da sollen sie ihre neue Heimat finden, in der sie ihre Wohnung auch Arbeit erlangen sollen. Es liegt dann im eigensten Vorteile der Gemeinden, wenn sie den zugewiesenen Ostmärkern gern und freudig mit Rat und Tat, durch Unterkunft und Arbeit zur Seite stehen. Jeder Ort, wie freudig und dankbar er die Bemühungen um seine Kinder empfinden würde, wenn er in der Lage der Ostflüchtlinge sich befände.

In erster Linie ist es ja Sache der Kreise, Städte und Gemeinden, für die Unterkunft der ihnen zugewiesenen Flüchtlinge zu sorgen. Doch darf hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß Verhandlungen zwischen dem Reich, Preußischen Staat und dem Rote-Kreuz-Komitee des Roten Kreuzes gepflogen werden, wie und wieviel Mitteln seitens dieser Stellen den Gemeinden usw. zur Beschaffung von Dauerwohnungen für die Flüchtlinge gegeben werden kann. Jedenfalls hat das Zentral-Komitee vom Roten Kreuz seine Provinzial- und Landesvereine dahin benachrichtigt, daß Geldmittel für diesen Zweck bereitgestellt werden sollen. Natürlich würden diejenigen Gemeinden am meisten berücksichtigt werden, welche in möglichst schneller und entgegenkommender Weise für die ihnen zugewiesenden Flüchtlinge geeignete gesundheitsgemäße Dauerwohnungen nebst dem erforderlichen Hausrat bereitstellen.

Man jeder wolle sich vor Augen halten, daß die Flüchtlingsbetreuung zwar eine harte Arbeit für alle bedeutet, daß sie aber mit freudiger Liebe ausgeführt werden muß. Steht sie doch unter dem Zeichen des Roten Kreuzes, der größten Wohltätigkeitsorganisation der Erde, die sich bemüht, in freier Liebestätigkeit die Leiden der Menschen zu lindern.

Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 und die dazu ergangenen Ausführungsverordnungen vom 21. April und 17. Mai 1920 sind noch immer nicht hinreichend bekannt. Eine kurze Wiedergabe der zurzeit geltenden Bestimmungen über die Einstellung und Entlassung Schwerbeschädigter dürfte daher zweckmäßig sein. Jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, ist verpflichtet, einen Schwerbeschädigten, der für diesen Arbeitsplatz geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Jeder private Arbeitgeber ist verpflichtet, auf 25 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Bei der Berechnung dieser Zahlen werden mehrere Betriebe, Büros und Verwaltungen desselben Arbeitgebers insoweit zusammengefaßt, als sie sich am gleichen Orte befinden und der gleichen örtlichen Verwaltung unterstehen. Das Reich, die Länder und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts haben von ihren im Bezirk einer Hauptfürsorgestelle vorhandenen Arbeitsplätzen wenigstens zwei vom Hundert, oder, wenn deren Gesamtzahl 25, aber nicht 50 erreicht, wenigstens einen Arbeitsplatz mit einem Schwerbeschädigten zu besetzen. Schwerbeschädigte dürfen nur mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen entlassen werden, sofern nicht durch Gesetz oder Vertrag eine längere Frist vorgeschrieben ist. Für den Zeitraum von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vom 22. April bis 22. Oktober 1920 ist eine Kündigung gegenüber Schwerbeschädigten nach § 12 Abs. 1 erst wirksam, wenn die Hauptfürsorgestelle ihr zugestimmt hat. Sie hat ihre Zustimmung zu erteilen, wenn dem Schwerbeschädigten ein anderer angemessener Arbeitsplatz gesichert ist. Diese Vorschriften gelten auch für Kündigungen Schwerbeschädigter, die in der Zeit zwischen dem 14. Januar 1919 und dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgesprochen worden sind. § 12 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend. Soweit ein Arbeitgeber bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mehr als sechs Schwerbeschädigte auf hundert insgesamt vorhandene Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts beschäftigt, sind Kündigungen auch ohne die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle wirksam, wenn die folgenden Bedingungen erwünscht sind. Die Kündigungen dürfen nur nach Benehmen mit der Hauptfürsorgestelle, nur in allmählicher Folge und nur in solchem Umfange ausgesprochen werden, daß monatlich höchstens einem Viertel derjenigen Zahl von Schwerbeschädigten gekündigt wird, um die das Sechs vom Hundert anfänglich überschritten war. Bei der Berechnung dieser Zahlen werden mehrere Betriebe desselben Arbeitgebers insoweit zusammengefaßt, als sie sich am gleichen Orte befinden und der gleichen Verwaltung unterstehen.

Das „verfilmte" Walhalla

Zur Eröffnung des W. L. T. am 9. September 1920.

Schauspiel, Oper, Operette,
Dichter, Sänger, Chansonette
Haben sich dem Film geweiht,
Folgten all' dem Zug der Zeit.
Und für sämtliche Theater
Brach heran ein dies ater:
Alles strömt dem Kino zu.
Das Walhalla hatt' im Nu
Seine Pforten drauf geschlossen,
Doch drei Monde kaum verflossen,
Und in märchenhafter Pracht
Ist's als Kientopp neu erwacht.

*

Dicht besetzt war Loge, Rang,
Und die Menge hier ertrank
In der Lichter Flammenmeere
Bei der gestrigen Premiere.
Das geladene Publikum
Staunend schaut's im Saal herum
Ob der Pracht, die hier entfaltet,
Des Geschmacks, der hier gewaltet.

*

Den Prolog Offi Oswalda
Trefflich sprach in dem „Walhalla",
Und nun rollt' ab das Programm,
Reichhaltig; zuletzt dann kam
„Prinz Kuckuck" von O. J. Bierbaum,
Ein Roman, wohl unbekannt kaum
Weiten Kreisen unsrer Stadt,
Den man jetzt verfilmet hat
Zu des Publikums Ergötzung.
Bei erstklassiger Besetzung,
Technisch nicht ganz tadelkos,
Aber sonst wirklich famos
War die gestrige Premiere,
So daß zu erwarten wäre,
Daß verkauft ist immer aus
Dieses neue Lichtspielhaus. #

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Die Verbrauchsmenge an Fleisch** wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf festgesetzt (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte). Es gelangt Rindergefrierfleisch zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 11. September durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine. Der Verkaufspreis beträgt für 150 Gramm 2,90 M.

— **Verkauf von Schmalz.** Am Sonnabend, den 11. September, werden 100 Gramm Schmalz je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Marke 28 der Einfuhr-Zusatzkarte (Schmalz). Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 13. September an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm 3,50 Mk.

— **50 Gramm Butter.** In der Woche vom 13.—19. September können auf die Marke 88 der braunen Fettkarte für jede Person eines Haushalts 50 Gramm Butter zum Preise von 1,55 M. abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 20. September abzuliefern. Der Abschnitt 37 der Fettkarte wird für verfallen erklärt.

— **Städtischer Verkauf von Kakao an Haushalte mit gelb und blau umränderten Lebensmittelscheinen, ferner an alle Haushalte Armee-Konserven mit reichlich Fleisch, Milchpulver, Bohnen mit Fett** in der Talamtschule am Sonnabend, den 11. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 48 001 bis 53 000 vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelb und blau umränderten Lebensmittelscheinen 100 Gramm Kakao zum Preise von 3 M., ferner an jede Person aller Haushalte eine Dose Armee-Konserven mit reichlich Fleisch zum Preise von 6,50 M., 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1.60 M. und 1 Dose Bohnen mit Fett zum Preise von 1 M. abgegeben werden.

— **Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln.** Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß vom 15. d. M. an die Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln aufgehoben wird, damit hört auch die rationierte Verteilung von Kartoffeln auf und diese können im freien Handel gekauft werden. Auch eine Versorgung mit Winterkartoffeln erfolgt durch uns nicht mehr und wird deshalb empfohlen, für rechtzeitige Eindeckung selbst Sorge zu tragen.

— **Versorgung mit Kartoffeln.** In der Woche vom 13. bis 19. September können auf die Marke 58 der Kartoffelkarte 8 Pfund Kartoffeln gekauft werden. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 38 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend, den 11. September bis einschließlich Mittwoch, den 15. September. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 16. September im Stadternährungsamt, Zimmer 46, abzuliefern. Der vorstehende Preis ist Höchstpreis im Sinne des Gesetzes betr. die Festsetzung der Höchstpreise; die Ueberschreitung wird mit den im Gesetze angedrohten Strafen geahndet.

— **Verkauf der kondensierten Milch in Dosen.** Vom Montag, den 13. September an darf die Abgabe der kondensierten Milch in Dosen auf die Milchkarten der Klassen I und III nur noch gegen Abtrennung der an den neuen Milchkarten vorgesehenen Sondermilchkarten erfolgen. Die für die einzelnen Wochen abzutrennenden Marken werden vorher bekanntgegeben. Für die Woche vom 13. bis 19. September hat die Abgabe der kondensierten Milch in Dosen an die Inhaber der Milchkarten der Klasse I gegen Abtrennung der Sondermilchmarke A und an die Inhaber der Milchkarten der Klasse III gegen Abtrennung der Sondermilchmarke R zu erfolgen. Die Sondermilchmarken sind bis zum Dienstag jeder Woche in besonderem Umschlage dem Stadternährungsamt, Abteilung II, gebündelt einzureichen. An hoffende Frauen (Milchkarten der Klasse III mit dem Aufdruck des Buchstabens S) und an alte Leute (Milchkarten über ¼ Liter mit dem Aufdruck des Buchstabens A) ist die kondensierte Milch in Dosen nach wie vor auf die für eine Woche gültigen 7 Milchkartenabschnitte abzugeben.

— **Billiger Kaffee in Sicht.** Nach vorübergehender Verbilligung des Kaffees um die Mitte des vorigen Jahres zogen bei uns die Kaffeepreise im Kleinhandel nach und nach wieder an und betragen augenblicklich bis zu 38 Mark je Pfund. Der Hauptgrund für diese Teuerung liegt darin, daß die Großhandelsfirmen Ware nur mit Genehmigung der Kaffee-Einfuhr-Gesellschaft in Hamburg einführen dürfen, und solche Genehmigungen sind bisher nur in geringem Umfange erteilt worden. Infolgedessen sind Vorräte in Deutschland nicht vorhanden und die dadurch bedingte Warenknappheit erklärt auch die Höhe des Preises. Augenblicklich werden nun Käufe vom Handel überhaupt nicht mehr abgeschlossen, da man für die allernächste Zeit mit der Aufhebung des Kaffee-Einfuhrverbots rechnet. Vom Auslande wird jetzt nämlich Kaffee mit 7 Mark je Pfund angeboten und unter dem Drucke eines solchen für die heutigen Verhältnisse sehr billigen Preises kann die Wiedereinführung des freien Kaffeehandels nicht mehr lange auf sich warten lassen.

— **Gibt es eine rote Armee?** Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der Nr. 377 vom 28. August einen Aufsatz, in dem wir auch den früheren Zivilkommissar Krüger-Merseburg erwähnten. Hierzu sendet uns Herr Krüger nachstehende Zeilen, die wir mit all' ihren stilistischen und sonstigen „Feinheiten" wortgetreu wiedergeben. „Meine Tätigkeit als Zivilkommissar hat schon Ende Mai aufgehört, da diese Stellung nur während Bestehen des Ausnahmezustandes zulässig ist, wie auch aus der Reichsverfassung ersichtlich ist, so daß der Fall in Köthen mir nicht mehr zustand. Des weiteren habe ich nie mit der Wirtschaftsbühne in Verbindung gestanden. Mit einem gewissen Stolz-Waldorf habe ich nur 3—4mal zu tun gehabt als dieser noch bei der Nachrichtenabteilung der R. W. (Reichswehr, d. Redaktion) tätig war und zwar Ende und Anfang Februar d. J. sonst nie wieder. Auch habe ich damals nur meine beren Auslagen zurück erhalten." — Wir kommen dem Wunsche des Herrn Krüger um Aufnahme dieser „Richtigstellung" unserer Ausführungen gern nach.

— **Verband der Vereine zu Halle und Umgebung.** Unter dem Namen Verband der Geselligkeits- und Vergnügungsvereine hielt genannter Verband am letzten Montag im „Mars la Tour" seine Vollversammlung ab. Nach der Begrüßung wurde die Anwesenheit von ca. 100 Vertretern festgestellt. Der Bericht über Ziele und Zwecke des Verbandes hat wohl manche Unklarheiten, hauptsächlich unter den anwesenden Gästen, behoben. Einzelheiten anzuführen, würde hier zu weit führen. Einen recht interessanten Vortrag hielt sodann ein Vertreter vom Verband Merseburger Vereine über die Gründung eines Bezirksverbandes und der sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Stärkung obigen Verbandes. Hoffen wir, daß die Anregungen fruchtbaren Boden finden und zur baldigen, positiven Weiterentwicklung führen. Um nun auch Vereinen und dergl., die Geselligkeit und Vergnügen nur nebenher betreiben, den Beitritt zu erleichtern, wurde der Verband in obigen Namen umgeändert. Anschließend hieran kam das am Sonnabend, den 18. September, im großen Saale der „Saalschloßbrauerei" stattfindende 1. Stiftungsfest zur Sprache. Mit dem Wunsche, daß diese Jahresfeier in würdiger Weise und bleibendem Gedenken verlaufen möge, sowie nach Erledigung zahlreicher Anfragen und Anregungen wurde die Versammlung beendet. Die Oktober-Vollversammlung wird in den Zeitungen bekanntgegeben. Neuaufnahmen werden jeden Montag abend von 6—8 Uhr im Geschäftslokale „Mars la Tour", Große Ulrichstraße 10, entgegengenommen.

— **Ein Kongreß der Musiklehrenden** zur Aufklärung über die neugesetzliche Regelung des privaten Musik-Unterrichtswesens und anderer Fragen ist für den 25. und 26. September nach Berlin berufen worden; das Erscheinen eines Vertreters der Staatsbehörde wird erwartet. Eingeleitet wird der Kongreß durch ein Konzert im Saale der Hochschule, für welches die Professoren Walter Fischer (Dom-Organist), Wittenberg und Grünberg sowie die Lauten-, Mandolin- und Zither-Virtuosen Vorpahl, Redlinger, Jutzi, Jukl und Wollenschläger gewonnen wurden. Auch für die eigentliche Kongreßversammlung am Sonntag, den 26. September, vormittags 10 Uhr in der Aula des Köllnischen Gymnasiums haben die namhaftesten Redner zugesagt. Am Nachmittag dieses Tages findet dann in der Aula bei freiem Eintritt eine Lehrmittel-Ausstellung statt, der sich um 6 Uhr ein zweites Konzert anschließen wird. Eintrittskarten bzw. Prospekte sind in der Musikalienhandlung Alte Jakobstraße 96 und in sämtlichen Musikgeschäften erhältlich.

— **Haus- und Grundbesitzer-Verein e. V.** Am Sonntag, den 12. September, vormittags 10 Uhr findet im „Neumarkt-Schützenhaus" eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Herr Syndikus Dieffe aus Charlottenburg einen Vortrag halten wird. Tagesordnung: 1. Notopfer. 2. Verordnung über die Höchstmieten. Nachher freie Aussprache.

— **Der Deutsche Rentnerbund** (Ortsgruppe Halle und Umg.) hält am Dienstag, dem 14. Sept., nachmittags 3½ Uhr eine Versammlung im „St. Nikolaus" ab, in welcher Herr Rud. Pfaffe, Halle, über das Reichsnotopfer sprechen wird. Mitglieder, sowie Rentner und Rentnerinnen, welche dem Bunde beitreten wollen, sind freundlichst eingeladen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009102-14/fragment/page=0005

— **Die Rote Kreuzmedaille** wurde Herrn Hoftuwelier Fleischhauer verliehen.

— **Unfall.** Gestern nachmittag fuhr in der Merseburger Straße ein Schüler mit seinem Fahrrade gegen einen ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen. Der Schüler kam zu Fall und geriet unter die Schutzvorrichtung des Straßenbahnwagens, wobei er eine Brustquetschung davontrug. Er wurde nach dem Elisabethkrankenhause gebracht.

— **Festgenommen** wurden im Monat August: 31 Personen wegen Einbruchsdiebstahls, 59 wegen einfachen Diebstahls, 6 wegen Hehlerei, 10 wegen Betrugs und Urkundenfälschung, 5 wegen Unterschlagung, 3 wegen Mordverdachts, 1 wegen Raub, 2 wegen Landstreichens, 3 steckbrieflich verfolgte Personen, 3 auf Grund von Haftbefehlen und 47 Personen wegen Bettelns und Obdachlosigkeit. Außer anderen Straftaten wurden wegen schweren Diebstahls 127, wegen einfachen Diebstahls 282, wegen Betruges 52, wegen Unterschlagung 31 und wegen Körperverletzung 68 Anzeigen erstattet.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet.

Zum Plane der Zwangsanleihe

Zu spät! Dieses tragische, in Deutschland nur zu gut bekannte Wort ist als Leitgedanke auch über den Plan der Zwangsanleihe zu setzen. Das, was im vorigen Jahre noch zweckmäßig und durchführbar war, damals aber aus parteipolitischen Erwägungen abgelehnt wurde, ist jetzt allem Anschein nach nicht mehr möglich.

Im vergangenen Jahre herrschte im deutschen Gewerbe noch eine verhältnismäßig große Geldflüssigkeit. Diese hat mit dem Rückgang der Geschäftstätigkeit eine derartige Verringerung erfahren, daß seit einiger Zeit ein großes Werk nach dem anderen genötigt ist, in der einen oder anderen Form sich neue Mittel zu beschaffen; es sei nur an die A. E. G. erinnert, die mit einem Schlage ihr Kapital um 250 Millionen Mark erhöhen mußte. Trotz aller Maßnahmen auf diesem Gebiet ist der Geldbedarf immer noch so groß, daß zur Beschaffung der nötigen Mittel sogar der Plan erwogen wird, eine besondere neue Kreditorganisation zu errichten. Dabei steht der Höhepunkt der Kapitalknappheit noch bevor, da die bisher noch nicht erfolgte Einziehung des Reichsnotopfers und der Abgabe vom Vermögenszuwachs weitere sehr beträchtliche Mittel erfordert. Ausgerechnet in diesem Zeitpunkt soll aber nun das deutsche Gewerbe einer neuen Belastung ausgesetzt werden, die auf nicht weniger als 50 bis 60 Milliarden geschätzt wird. Dieser Betrag muß, wenn etwas Durchgreifendes geschehen soll, möglichst bald dem deutschen Gewerbe zugunsten des Fiskus entzogen werden, da eine tropfenweise Zuführung dem Reichssäckel eine fühlbare Erleichterung nicht schaffen kann. Wie aber eine derart ungeheuerliche Summe neben den anderen noch auffindenden Belastungen aufgebracht werden soll, ohne die Geld- und Kreditnot aufs höchste zu steigern, bleibt ein Geheimnis.

Selbst für den Fall, daß die Erhebung der Zwangsanleihe dem deutschen Gewerbe nicht den zu erwartenden Rest geben wird, bleibt fraglich, ob sie die erhoffte Gesundung unserer Finangen bringt. Unsere Finangen stehen deshalb so trostlos, weil das Reich verschwenderischer wirtschaftet, als es unserer verzweifelten Finanzlage entspricht, und weil die Verpflichtungen infolge des Friedensvertrages so groß sind, daß der Festbetrag ein ständiger bleiben muß. Solange nicht die Ausgaben den Einnahmen angepaßt, d. h. solange nicht alle irgendwie entbehrlichen Ausgaben zurückgestellt sind und eine eiserne Sparsamkeit eingeführt ist, und solange nicht der Friedensvertrag auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird, ist auch auf dem Wege über die Zwangsanleihe an eine Behebung unserer finanziellen Notlage nicht zu denken. Wenn die Zwangsanleihe den erhofften Betrag bringen wird, so würde zwar dieser Betrag das deutsche Finanzelend insofern vermindern, als die schwebende Schuldsumme um denselben Betrag verringert werden könnte. Voraussetzung für eine dauernde Gesundung ist aber, daß keine neuen schwebenden Schulden aufgenommen und keine neuen Noten mehr gedruckt werden. Da hierfür aber gar keine Sicherheit besteht, sondern im Gegenteil mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß monatlich mit bisher 1 bis 2 Milliarden neue Schulden kontrahiert werden, so würden wir nach Jahresschluß und nach Durchführung der Zwangsanleihe günstigstenfalls mit den schwebenden Schulden genau so stehen wie heute, das Nationalvermögen wäre aber um 20 bis 30 Milliarden geringer.

Zu den bisherigen Bedenken kommt noch das fernere hinzu, daß die Ausschreibung der Zwangsanleihe den Steuerverwaltungsapparat, dessen Unordnung jetzt schon nicht groß genug geschildert werden kann, noch weiter in Verwirrung stürzen würde. Eine Entwirrung würde dann sehr schwierig sein, zum mindesten aber die Erhebung der bereits ausgeschriebenen Steuern um eine weitere beträchtliche Zeitspanne hinausschieben. Dieser Gesichtspunkt ist aber von entscheidender Wichtigkeit, denn es kommt nicht nur darauf an, Steuern auszuschreiben, sondern in erster Linie darauf, sie einzuziehen. Anstatt das Wirtschaftsleben durch weitere Bedrohungen noch mehr als bisher in Aufruhr zu bringen und dadurch die Unsicherheit und die Warenverteuerung noch weiter zu steigern, täte die Finanzverwaltung gut daran, erst einmal die jetzigen verschrobenen Verhältnisse einigermaßen zu ordnen. Diese Aufgabe ist so groß, daß sie Kraft- und Zeitaufwand in Anspruch nimmt. Rh. D.

* **Zur Lage im Meerane-Glauchauer Industriebezirk** richtet man der „Leipziger Wochenschrift für Industrie": Die letzten beiden Wochen haben eine neue Besserung im Ordereingang gebracht. Insbesondere die Leipziger Messe eine Belebung in verschiedenen Zweigen unserer Textilindustrie hervorgerufen. Ist auch die Beschäftigung noch lange nicht auf der Stufe, wie zur letzten Frühjahrsmesse, so läßt sich doch erfreulicherweise feststellen, daß gewisse Firmen ganz nette Bestellungen erhalten haben, die die bestehende Beschäftigungslosigkeit auf einige Monate hinaus beheben. Vor allen Dingen ist in den sogenannten Stapelartikeln groß gekauft worden, wobei 70 cm breite Blusenstreifen, Schotkaros, Schottenstreifen, Bandstreifen usw. aus Zwirnkette, Musesshuß eine wichtige Rolle spielen. Der Preis spielt ebenfalls eine große Rolle, und es entspricht durchaus den Tatsachen, daß viele Fabrikanten entweder diesmal mit geringem Nutzen oder gar mit Verlust arbeiten, um einmal die bestehende Arbeitslosigkeit innerhalb der Textilarbeiter zu beheben und zum andern, um das teuere Wasser wegzuschaffen. Ferner sind auch ganz hübsche Bestellungen in einfarbigen Kleiderstoffen (Stückfarbe) ähnlich der Gretz-Gebe-Fabrikate, zustandegekommen, allerdings auch zu sehr gedrückten Preisen. In besseren Stoffen, wie Tuchen, Kammgarnen, Kostümen passend, ist — soweit es sich um ausgesprochene Definierungen handelt — weniger gekauft worden, dagegen wurden Unis, wie Köper-, Serge-, Diagonal- und Krefeld-Gebe in kuranten Farben, insbesondere marine, schwarz, dunkelgrün usw. gut gekauft. Das gleiche läßt sich auch von gut gehenden Gabardines sagen, wobei teilweise auch gewinnbringende Preise erzielt wurden. An das Bestellen von Stapelfestartikeln, sowie Sorma-Genres ist man schroffer herangegangen. Es hat den Anschein, als ob man in Zukunft vielmehr Friedensqualitäten bestellt, um so mehr als das Mischgewebe — trotz der eleganten Ausrüstung — immer mehr zu lebhaftes Interesse entgegengebracht wird. Nach Aussage verschiedener Fachleute ist die Beschäftigung im Meerane-Bezirk etwas günstiger als im Glauchauer Bezirk, was zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß im Glauchauer Bezirk mehr Artikel hoher Preislagen fabriziert werden. Gerade bei dem Bestellen von Stoffen besserer Preislage ist man diesmal ganz besonders vorsichtig. Preise von 200 bis 300 M. je Meter sind diesmal aus den Kollektionen verschwunden. Man geht nicht weit über 100 bis 120 M. Meter in 130 cm Breite, soweit es sich um gute, wohlfeile Qualitäten handelt. Die Verhältnisse gegen das Frühjahr haben sich gewaltig verschoben. Der Warenfunger ist nicht mehr so zutage, wie im Frühjahr. Die Dispositionen werden sehr vorsichtig erteilt. Man erwartet aber, daß mit dem Eintritt des Herbstes noch ein besseres Geschäft einsetzen wird, weil tatsächlich Bedarf vorhanden ist, namentlich in Winterstoffen.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg, Gräfenhainichen. An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen, Verzinsung von Geldeinlagen, Conto-Correnten und Wechsel-Verkehr etc.

Stellen-Angebote

Hoher Verdienst!
Wir suchen einen durchaus tüchtigen, zielbewußten jüngeren Herrn als
Provisions-Vertreter
zum Vertriebe unserer Ia. Produkte wie: **Maschinen- und Motoröl, Wagen-, Huf- u. Lederfett, Anstrichfarben, Bindegarne, Säcke u. Planen bei größeren u. kleineren Landwirtschaften, Rittergütern usw.**
Nur Herren, die an ein intensives Arbeiten gewöhnt sind, und denen an einer dauernden, gewinnbringenden Betätigung gelegen ist, wollen ihre eingehende Offerte, sowie Referenzen einsenden an **Klein & Söhne, Magdeburg-Neustadt.**

Holzgroßhandlung
der Provinz Hannover sucht zum 1. Oktober oder früher erfahrenen, tüchtigen Holzfachmann (Germane) als
ersten Einkäufer.
Die Herren Bewerber müssen mit dem Bedarf eines großen Platzgeschäftes absolut vertraut sein und über gute Beziehungen zu den Lieferanten in Bayern, Thüringen, Schlesien und den Produktionsgebieten der Kiefer verfügen. Nur wirklich erste Kräfte, die ihre Fähigkeit durch frühere Tätigkeit nachweisen können und sich durch eigene Arbeitsfreudigkeit und Fleiß eine sichere, selbstständige Stellung schaffen wollen, können berücksichtigt werden.
Ausführliche Angebote mit Angabe von Alter, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen befördert unter **P. H. 262 ALA - Haasenstein & Vogler, Hannover.**

Versicherungs-Gesellschaft mit fast allen Branchen sucht für Provinz Sachsen und Anhalt noch einen
Reisebeamten.
Direktionsvertrag. Auch finden Herren, die sich eine neue Existenz gründen wollen, Gelegenheit, sich für das Versicherungsfach auszubilden. Nach Einarbeitung werden feste Bezüge gewährt; wenn nebenberufliche Betätigung, hohe Provisionen. Ausführliche Angebote unter **Z. 4116** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ich suche zum 1. Oktober für meinen Privathaushalt (2 Personen) eine
Köchin,
die auch etwas Kleinvieh mit besorgen muß, und ein gutes
Hausmädchen,
welches etwas vom Nähen u. Plätten versteht. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche bitte ich einzusenden.
Frau Fabrikbesitzer Jänicke, Heiligenstadt, Eichsfeld.

An allen Plätzen
der Umgebung und des Saalkreises werden Frauen und Männer zum Verkauf eines guteingeführten **Volkskalenders gesucht.** Guter Verdienst gesichert.
Zuschriften unter **Kalender** an **Otto Thiele, Halle-Saale,** Leipzigerstr. 61/62.

Für den Platz Halle u. Umgegend suche einen tüchtigen bei Industrie u. Handel eingeführten, möglichst etwas branchekundig tätigen
Vertreter.
Karl Gustav Bergmann, Großhdl., Fabrik Mechan. Seilerwaren aller Art, **Leipzig - Gohlis.**

Stellen-Gesuche

Bäckergeselle, 24 Jahre alt, tüchtig u. flink **sucht Stellung** auf dem Lande. Offert. an **Lehrer Müller, Leipzig,** Seumestr. 33 II.

Tücht. Landwirtstocht., 20 J., i. Stellg. i. frauenlos. Haushalt. Vorläg. **A. M. Groß-Tabarz,** Thüring.

Suche für meine Tochter, 17½ Jahre alt, kräft. Statur, zum 1. Oktober oder später einjähr.
Lehrstelle zur Ausbild. als landw. Beamtin.
Da in Landwirtschaft aufgewachsen, nicht unerfahren. Schlicht um Schlicht. **Rechnungsführer Kanzel, Rittergut Burgwerben** bei Weißenfels.

Geb. Dame i. Beschäftig. für einige Std. tägl. Off. u. **Z. 4115** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Wegen Zuchtwechsel verkaufe **4 beste Merino-Schafböcke** aus Stammschäfereien **Rittergut Amt Erdeborn,** Mansfelder Seekreis.

Verkäufe

Kartoffel-Lesekörbe. Eisenschmidt, Ammendorf.

Tischlerholz
prima Fichtenbretter, Stammkiefern u. -Seiten, Pappel zu Tischplatten, Türbekleidungen, gehob. u. rauhe Hölzer all. Art.
Hensel & Müller, Säge- u. Hobelwerke, Cannenaerweg 2. T. 6170.

† † **Tot** † †
sind alle Ratten, Mäuse, Hamster d. Anwendung von „Todin", Radikalmittel. Posten 5,50 Mk. fr. Voreinsendung. Nachn. extra. Liste Nr. 2 frei.
Verlandhaus Belle-Alliance, Berlin SW. 61, Postscheckkonto Nr. 88375.

Säcke
aus Papiergewebe für
Kartoffeln, Zwiebeln, Gemüse usw.,
in großen Posten schnell lieferbar, offerieren
Vereinigte Sack- u. Jutewaren-Fabriken, G. m. b. H.,
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 80.
Telef. Amt. 2961/62. Tel.-Adr. Jutewarenfabrik.

Die neuen Formulare über
Nachweisung
der Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge und zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft
hält vorrätig
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei
Verlag der Halleschen Zeitung.

Motorpflüge,
gebrauchte und neue, sofort lieferbar,
Avance-Rohöl-Motorpflüge,
Komnick Sechs- u. Dreischarpflüge,
Benz-Motor-Geilpflüge.
Fr. Sternemann & Co., G. m. b. H.
Halle, Merseburgerstr. 6. Tel. 3544.

Feldscheune,
offen, 21×36×7 bezw. 9 m, fertig abgebunden, teils alte, teils neue Kantholzer, neue gefz. Schalung, sämtliche Eisenteile. Preis 50000.— M.
ferner:
W. D. Motorpflug
(Hanomag), 80 PS., 5scharig, mit Anhängevorrichtung für Eggen für Vor- und Rückwärtsgang, Baujahr 1918, gebraucht, aber gut durchrepariert, Preis 60000.— M.
verkaufen
Heine & Co., Halberstadt.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Kauf-Gesuche

Speisekartoffeln
kauft jeden Posten u. bittet um Anstellung
Max Altrock, Halle a. S.,
Königstr. 75. Telegr.-Adr. Kartoffelhdl. Tel. 5034.

Bekanntmachung.
Die bei dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einem Bebauungsplan für das Gelände zwischen milder Saale, Taltrate und Heideweg" nicht mit Preisen bedachten Arbeiten stehen nunmehr wieder zur Verfügung der Verfasser. Diese werden gebeten, die Pläne recht bald, spätestens bis zum 15. d. Mts. im Hochbauamt, Rathausstr. 6 II., abholen zu lassen. Nach diesem Zeitpunkte werden nicht abgeholte Entwürfe den Verfassern auf deren Gefahr zugeschickt werden.
Halle, den 9. Sept. 1920. Der Magistrat.

Familienversorgung
Wer für sich und seine Hinterbliebenen sorgen will, erreicht dies in besonders **vorteilhafter Weise** durch Benutzung der Versicherungseinrichtungen des
Preußischen Beamten-Vereins
Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Förster, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte und sonstige Privatangestellte.
Versicherungsbestand 475 270297 M.
Versicherungsbestand 206 436818 M.
Der Verein arbeitet **ohne bezahlte** Agenten und spart dadurch sehr bedeutende Summen. Er kann daher die Prämien (Versicherungsbeiträge) sehr niedrig stellen und trotzdem **sehr hohe** Dividenden verteilen, so daß die **Gesamtkosten** für die Versicherung **unbedingter Sicherheit äusserst gering** sind. — Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch
Die Direktion des Preußischen Beamten-Vereins zu Hannover.
Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Kachelöfen
in allen Größen lieferbar, Umsetzen, Reparieren und Reinigen führt sachgemäß aus
Fr. Gustav Radecke, Töpfermeister, Goethestr. 10. Tel. 3971.

Haltbare, gute Schuhsenkel empfiehlt H. Schnee Schl. Gr. Steinstrasse 84.

Landhau
mit 8—16 Morgen geeign. f. Obst- u. Gem. Gefälligst auch mögl. vorh., käufl. nebst Angaben über Gebäude, Bestand der Ge. Zahlungsbed. und Bedingungen verhältnisse erbitte
E. Bohlmann, Bremen, Dobben

Sie räuchen sich wenn Sie Ihre über Möbel, Wäsche Art, Kleidungsstücke Schuhwerk bei mir kaufen. Höchste Tagespreise. Otto Thorm Raiffeisenstr. 46.

Kontrollkass
National, kauft gegen ab Standort Jahlen **Berlin,** Kreuzbergs

Doberman,
8 W. a. ges. Hüherhund aus Land einzutauschen Dessauerstr. 6

Miet-Gesuche

Selbst. jung. Kaufm. **sucht Zimme** möbliert oder leer guter, zentraler Lage sofort. Gefl. Zuschrift unter Will Graf die Geschäftsstelle d.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009102-14/fragment/page=0006